Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 3. Sonntag, den 15. Januar. 1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! **Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.**

Die Redaktion.

Offiziöse Albernheiten.

Da streiten sich die Leut' herum — ob das Tabakmonopol oder ein höherer Tabakzoll besser sei, um die Ebbe im Reichssäckel zu beheben. Die Offiziösen haben nämlich zur Irreführung der öffentlichen Meinung wieder einmal allerhand alberne Mitteilungen in die Welt gesetzt, die das traurige Gewerbe aller Waschzettelfabrikanten kennzeichnen, denn sie sind nur auf eine Foppere des Volkes berechnet. Neben der Ankündigung, daß dem Reichstag bald nach dessen Wiederzusammentritt neue Vorlagen zur Deckung des Reichshaushaltsdefizits vergelegt werden sollen, hat irgendein Hintertreppenpolitiker die Einführung des Tabakmonopols als eine in Regierungskreisen ernsthaft aufgetretene Frage journalistischen Aushorchern ins Ohr geblasen.

Flugs ist darauf ein Heidenlärm entstanden und es wird in der bürgerlichen Presse hin- und hergeraten, ob wohl Graf Posadowsky, der Staatssekretär des Innern, solche schwarze Pläne begünstigen oder gar selbst hegen könne. Mit einigen Wenn und Aber leugnen andere Offiziöse die offiziöse Erfindung ab, erzielen aber die beabsichtigte Wirkung, daß über neue Steuerprojekte hin- und hergeraten wird. Daß dabei auf den Tabak, als einen „Genuß- und Luxusartikel", feste losgehauen wird, ist selbstverständlich, denn das ist man seit dem Zerschellen der Bismarckschen Tabakmonopolvorlage im Reichstage all die zwanzig Jahre seither schon so ziemlich gewöhnt.

Einmal noch rappelte sich die Regierung gehörig wieder gegen den Tabak auf. Der schlaue Miquel, einer von Preußens ehemaligen Finanzministern, wollte Steuern auf Vorrat schaffen und verfiel unter anderem auch auf das Projekt einer Tabak-Fabrikatsteuer, das sein Strohmann, der Schatzsekretär des Reichs — damals Graf Posadowsky — im Reichstag vertreten mußte. Die staatsmännischen Finanzgenies fielen jedoch mit ihrem Fabrikatsteuerplan ebenso herein, wie Bismarck mit dem Tabakmonopol. Seit dieser Zeit beherrscht die steuerhungrigen Finanzmänner ein geheimer Groll gegen den Tabak, der sich in allerhand fiskalischen Vorstößen äußert.

Es ist eine jener rachsüchtigen Niederträchtigkeiten, die Tabakindustrie für das Scheitern früherer Projekte durch brutale und raffinierte Beunruhigungen zu bestrafen. Ein lüsterner Blick irgend eines fiskalischen Steuerjägers auf den Tabak genügt dienstbeflissenen Federfuchsern, geheimnisvoll von neuen Tabaksteuerplänen zu raunen. Natürlich fallen alle Interessenten darüber her, der Kampf um den Tabak entbrennt in der Presse zum soundsovielstenmal und ängstliche Gemüter — deren es genug in der Tabakindustrie gibt — erwägen die ihrer Existenz drohenden Gefahren ganz ernsthaft und suchen sich durch geschäftliche Maßnahmen so viel als möglich dagegen zu schützen.

Am schlimmsten ergeht es dabei, wie immer, den Arbeitern. Jede Beunruhigung der Industrie fühlen sie hart an ihrem eigenen Leibe. Der Unternehmer läßt es in erster und letzter Linie den Arbeitern schwer fühlen, wenn irgendeine Geschäftsstockung oder überhaupt eine Belästigung der Industrie eintritt. Was wunder, wenn unter solchen Umständen die Unzufriedenheit der Arbeiter gegen Staat und Unternehmertum in stark zunehmender Weise wächst! Denn, wenn auch die Arbeiter mit den Unternehmern gemeinsam gegen die ewig belästigenden Steuerprojekte und offiziösen Anzapfungen der Tabakindustrie operieren, es muß ein Teil ihres Grolls sich doch gegen das Unternehmertum richten, das die Ungunst der Konjunkturen den Arbeitern nur zu schwer fühlen läßt. So sorgt das fiskalische Steuergezücht und das allezeit behilfliche Offiziösentum für die Beackerung des Bodens, auf dem der „Unzufriedenheitsbazillus" trefflich gedeiht. Diese Wirkung der steueroffiziösen Albernheiten scheinen die Staatsmänner des preußisch-deutschen Reiches nicht zu begreifen, sonst wäre es ein leichtes, dem Spuk ein Ende zu machen.

Dazu wäre allerdings der feste Wille erforderlich, die Tabakindustrie mit höherer Besteuerung nicht zu belästigen. Aber „hier liegt der Hase im Pfeffer"! Noch jeder Schatzsekretär des Reichs hat, seitdem das Fabrikatsteuerprojekt abgetan wurde, die Absicht kundgegeben, „im Notfalle" den Tabak höher zu besteuern. Freiherr v. Thielmann tat das nicht weniger offen, als Freiherr v. Stengel, der jetzige Schatzsekretär, obgleich Graf Posadowsky als stellvertretender Reichskanzler noch in der Zolltarifkommission 1902 beruhigende, wenn auch nicht sehr ernst zu nehmende Zusicherungen machte, daß man zunächst an eine weitere Schröpfung des Tabaks nicht denke. Und immer wieder tobt der Kampf um den Tabak.

Gegenwärtig wird behauptet, irgendein hoher Reichsbeamter habe die Absicht geäußert, die wachsenden Anforderungen an die Arbeiterversicherung des Reichs könnten nur durch das Tabakmonopol wett gemacht werden. Das ist das alte Lied vom „Patrimonium der Enterbten", das einst Bismarck von seinen „göttlichen Sauhirten", wie er an verständlicher Einschätzung seine Offiziösen betitelte, anstimmen ließ, da er das Tabakmonopol als die Grundlage dieses Patrimoniums forderte. Dieser Hokuspokus lockt keinen Hund hinter dem Ofen mehr hervor — der Schwindel ist durchschaut. Männiglich weiß man, wenn das Tabakmonopol ernstlich verlangt würde oder aber auch nur eine höhere Besteuerung des Tabaks, daß diese Forderung zur Füllung des Reichssäckels für andere Zwecke gestellt würde. Die alberne Mitteilung, als ob gegenwärtig die Frage des Tabakmonopols in Regierungskreisen ernstlich ventiliert würde, wird darum die Arbeiter nicht faszinieren; sie wissen, daß bei bester Gelegenheit dem Tabak neue Schröpfköpfe angesetzt werden sollen und sie sind immer auf der Wacht, um das zu verhindern. Aber auf das Monopolmärchen fallen sie nicht hinein.

Neue Steuern werden geplant — das Reichsdefizit wächst, der Moloch Militarismus verschlingt immer mehr — und man wird die Hauptlast wieder auf die Arbeiter abzuwälzen suchen. Ob nun das Sinnen und Trachten im Reichsschatzamt auf den Tabak oder irgendein anderes Objekt gerichtet ist, darüber werden offiziöse Albernheiten nie Auskunft geben. Hauptsache ist, daß wir uns durch solche Quertreibereien nicht verwirren lassen.

Die Verpflanzung der Industrie auf das platte Land.

Ueber die Dezentralisation der Industrie orakelt in der Deutschen Tabakzeitung ein Verteidiger des Kapitalprofits in der einseitigsten Weise. Wohl gibt er sich alle Mühe, volkswirtschaftliche Vorteile aus der Verlegung der Fabriken auf das platte Land zu konstruieren, aber aus jedem Satze blickt uns die Tatsache entgegen, daß diese Vorteile auf Kosten der Arbeiter nur für die Unternehmer erzielt werden. Zunächst gibt der Artikelschreiber zu, daß die Zigarren- und Zigarettenfabrikation am energischsten den Gedanken in die Tat umgesetzt habe, große industrielle Unternehmungen auf das Land zu verpflanzen und er fügt hinzu, daß diese Unternehmungen sich hier viel wohler fühlten, als in den Industriezentren, sei für ihn nicht zweifelhaft. Wie er aber die Vorteile und Nachteile dieser „Dezentralisation der Industrie" abwägt, zeigt uns, wie ihn hauptsächlich das Wohlergehen der Unternehmer interessiert.

Unter den Schwierigkeiten, die sich der Verpflanzung der Industrie auf das Land entgegensetzen, zählt er die des Arbeiterersatzes. „In der Stadt ist die Arbeiterreserve stets eine große, meist eine allzu große." Hat er darin recht, so vergißt er doch die Hauptursache dieser Arbeitslosigkeit — denn etwas andres bedeutet die Arbeiterreservearmee nicht — anzudeuten: Ursache ist dieselbe Sucht, die die Unternehmer antreibt, die Fabriken auf das Land zu verlegen, nämlich den Arbeitern so wenig als möglich Lohn zu zahlen, um dafür höheren Profit machen zu können.

Niedrige Löhne bedingen eine Ueberproduktion in dem Sinne, als die Arbeiter nicht all die Produkte kaufen können, die sie zur Deckung ihrer Lebensbedürfnisse benötigen, es müssen also Waren unverkauft bleiben, die die Stapellager so vergrößern, daß die Produktion zurückgeschraubt wird — die Krise tritt ein. Ferner trägt die rasend-schnelle technische Entwicklung dazu bei, daß weniger Menschenhände zur Erzeugung von Waren gebraucht werden, aber die Vorteile dieses technischen Fortschritts streicht wiederum nur das Unternehmertum ein, der Arbeiter bleibt infolge seiner Nichtbeteiligung an diesen Vorteilen auf den Mindestkonsum von Waren beschränkt. Mehr noch — die Freisetzung von Händen vermehrt die Arbeitslosigkeit, drückt also doppelt auf den Warenverbrauch.

Gewiß wird das Heer der Arbeitslosen in den Städten durch Zuzug vom Lande noch vermehrt, weil die Arbeiter in den Industriezentren immerhin noch leichter Arbeitsgelegenheit finden, als auf dem Lande, und es wäre ganz lobenswert, wenn dieser Zuzug nach den Städten durch die Verlegung von Fabriken auf das platte Land aufgehalten werden könnte. Wenn dies aber in einzelnen Fällen wirklich geschieht, so doch nur für kurze Zeit, denn die Unternehmer treiben die Arbeiter infolge der auf dem Lande gezahlten niedrigeren Löhne doch in die Städte, wenigstens diejenigen, die nicht durch familiäre oder sonstige Verhältnisse an die Landorte gebunden sind. Und wo Industrien sich schon längst auf dem Lande festgesetzt haben, wie z. B. im sächsischen Erzgebirge, nun, da ist die Fluktuation der Arbeiter ebenfalls eine ziemlich starke.

Doch, die Besorgnis des Arbeitersatzes hält die Unternehmer durchaus nicht ab, ihre Fabriken auf das Land zu verlegen. Eben weil in den Städten eine große Reservearmee von Arbeitslosen vorhanden ist, rechnen die Unternehmer sogar darauf, daß die Arbeitslosen aus Not zum Teil in die ländlichen Fabriken gedrängt werden, obgleich es dort niedrigere Löhne gibt. Not kennt kein Gebot. Für die Zigarrenfabrikanten, denen unser Dezentralisator der Industrie dringlich zuredet, ihre Fabriken auf das platte Land zu verlegen, kommt die angebliche Besorgnis um den Arbeitersatz viel weniger in Betracht, weil sie darauf reflektieren, auf dem Lande weibliche Arbeitskräfte in ihren Dienst zu spannen, die weniger von der Fluktuation erfaßt werden und denen man obendrein noch niedrigere Löhne zahlt, als den männlichen Arbeitern.

Diese auffällig hervortretende Tatsache wird nicht aus der Welt geschafft durch Deklamationen, wie sie jener Befürworter der Dezentralisation in folgendem ausstößt:

„Eng verbunden damit ist die Möglichkeit einer Lohnverringerung. Nicht in dem demagogisch so oft und gern ausgebeuteten Sinne, als ob der Unternehmer die Arbeiter auf dem Lande sicherer in der Hand haben und halten könne, sondern in dem guten Sinne, daß die Arbeiter ihren winzigen landwirtschaftlichen Betrieb nicht aufgeben, sondern zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Existenz und zur Wahrung eines letzten Restes wirtschaftlicher Selbständigkeit fortführen. Der unter sotanen Umständen mögliche Lohnabzug wäre sehr wohl zu sozialen Wohlfahrtseinrichtungen im Interesse der Arbeiter zu verwenden, wie dies in größerem Maßstabe in England und Amerika geschieht."

Zu dieser Schilderung und Anregung der Fabrikanten-Großmut, die nur aus purer Liebe zu den Arbeitern diese an das Land fesseln und ihnen, wenn möglich, ein eignes Besitztum wahren oder gar schaffen sollen, brauchen wir für unsre Leser keinen Kommentar zu schreiben — die Löhne in den ländlichen Distrikten schlagen diesen Wohltätern ins Gesicht.

In seinen Schlußausführungen zeigt jedoch unser ländlicher Arbeiterfreund unverblümt, wes Geistes Kind er ist. Das städtische Proletariat ist ihm zu revolutionär; von den ländlichen Arbeitern verspricht er sich mehr Unterwürfigkeit, die ein unschätzbares Moment zur leichteren und ergiebigeren Ausbeutung der Arbeiter für die Unternehmer ist. Die Phrasen, die dem Arbeiter ein eignes Heim usw. in Aussicht stellen, zerschellen an der schlecht gezügelten Profitsucht, die jener Freund der Landarbeiter nährt und überall durchblicken läßt. Geben wir ihm darum zu seinem eignen Bekenntnis das Wort; er schreibt:

„Und wo gar dem Arbeiter neben seiner Industriearbeit ein Stückchen Eigentum und Selbstherrlichkeit belassen wird, ist die Sehnsucht nach dem sagenumwobenen Zukunftsstaat auf ein unsichtbares Minimum zusammengeschmolzen.

Ich habe seinerzeit in meinem Artikel über die Heimarbeiterfrage das Kapitel der ländlichen Industrieunternehmungen bereits einmal angeschnitten. Es ist für die Tabakbranche von größerer Bedeutung als für die meisten anderen Industriezweige. Die Tabakbranche hat damit nur gute Erfahrungen gemacht. Und wenn ich zum Schluß die auf der Karlsruher Tabakarbeiter-Konferenz vorgebrachte bewegliche Klage der sozialistischen Agitatoren anführe, daß die Arbeiter der ländlichen Tabakfabriken sich so spröde gegenüber der demagogischen Bearbeitung zeigten, so möchte ich darin ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Empfehlung der Gründung von Zigarrenfabriken auf dem Lande erblickt wissen."

Jawohl, die Unternehmer haben mit der Verlegung ihrer Fabriken auf das platte Land gute Erfahrungen gemacht, es hat sich reichlich gelohnt für die Herren, wie sie dort die Arbeiter ausgebeutet haben. Und wir sind überzeugt, auch ohne die dringliche Einladung jenes Sozialistenfeindes werden immer mehr Fabriken auf das platte Land verlegt werden, denn der Gewinn lockt, wenn er auch auf Kosten armer Arbeiter gemacht wird. Aber der Herr irrt, wenn er meint, die Sozialdemokraten sähen scheel zu dieser Dezentralisation der Industrie. Diese schlechten Kerle lachen sich vielmehr ins Fäustchen, denn sie wissen, daß mit der Verpflanzung der Industrie auf das platte Land die Revolutionierung der ländlichen Bevölkerung schneller vor sich geht; sie sind ganz einverstanden mit ihm, wenn er schreibt: „Man verpflanze einen Teil unsrer Industrie auf das Land und man wird sehen, daß auch das flache Land zu einem gewaltigen Kulturfaktor für die Industrie wird, wie überhaupt in unsrer Zeit die Mitarbeit des Landes an dem Fortschritt zu gern unterschätzt, ja geleugnet wird."

Es scheint dem neunmalweisen Herrn entgangen zu sein, daß die industriellen Arbeiter in den ländlichen Distrikten vorwiegend der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten, und wo das noch nicht der Fall ist, rechnet die Sozialdemokratie stark auf die proletarisierenden und revolutionierenden Wirkungen der Industrie. Deshalb sind auch die Junker und Agrarier auf dem Lande gar nicht erbaut davon, daß die Industrie sich immer mehr auf das flache Land ausbreitet. —

Was aber die „bewegliche Klage der sozialistischen Agitatoren auf der Karlsruher Tabakarbeiter-Konferenz" anlangt, so hat sie der Industrie-Dezentralisator einfach nicht verstanden. Als Sozialisten wissen wir, daß die Industrie der modernen Arbeiterbewegung förderlich ist, nur bedauern wir, daß die Erweckung der in die Industrie einbezogenen Landarbeiter nicht schneller vor sich geht, sonst würden sie sich nicht mit den Hungerlöhnen der Unternehmer abspeisen lassen. Diese Hungerlöhne wirken drückend auf die Löhne der städtischen Arbeiter, die darum alles tun, um die ländlichen Arbeiter zu organisieren, damit die Organisation helfend eingreifen kann, um das Unglück der Verlegung der Fabriken auf das Land für die Arbeiter zu mildern.

Mit andern Worten: Vom politischen Standpunkt aus sind die Arbeiter der Verlegung von Fabriken auf das flache Land nicht feindlich gesinnt, aber sie bekämpfen die mit dieser Verpflanzung der Industrie verbundene Lohndrückerei, die der ausschlaggebende Grund für die Herren Unternehmer in der Zigarrenindustrie ist, ihre Fabriken in die entlegensten ländlichen Ortschaften zu verpflanzen.

Rundschau.

Ein Reichsarbeitsamt in Sicht? Ueber eine Erweiterung der arbeitsstatistischen Abteilung des Kaiserlich Statistischen Amts wird dem Korrespondenzblatt der Generalkommission berichtet: Die Abteilung soll einen eignen Direktor in der Person des bisher am Reichsversicherungsamt tätig gewesenen Senatspräsidenten Dr. Zacher erhalten. Auch ist eine Vermehrung der höheren Beamten der Abteilung um zwei Referenten und einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, sowie eine Verstärkung des Beamtenpersonals vorgesehen. Herr Zacher war ehemals, unter dem Sozialistengesetz, als Polizeidirektor in Magdeburg tätig, als welcher er sich durch eine gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Schrift einen Namen machte. Später wandte er sich dem Studium der Sozialpolitik zu und gab das Werk über die Arbeiterversicherung im Auslande heraus. Ob seine Berufung dem künftigen Reichsarbeitsamt zum Segen gereicht, muß die Zukunft lehren.

Der Einführung des Tabakmonopols würde die Kölnische Zeitung, wie sie unumwunden erklärt, unter Umständen zustimmen. Zwar bezeichnet sie die durch die Presse gegangene Nachricht, es bestehe die Absicht, zur Erleichterung der Lasten aus dem Invalidenversicherungsgesetz das Tabakmonopol einzuführen, als „politische Sensation". Aber sie bemerkt dazu: „Sollte „des Pudels Kern" dieser Sensation, das Tabakmonopol, in der Tat erforderlich sein, um die dringend notwendige Sanierung der deutschen Finanzen herbeizuführen und um den Lasten der Sozialpolitik eine sichere finanzielle Grundlage zu geben, die den Wirtschaftsfortschritt nicht durch Entziehung notwendiger Kräfte schädigt, dann wären wir gern bereit, offen und ehrlich für die Einführung des Tabakmonopols in Deutschland einzustehen. Der Nachweis jener Notwendigkeit müßte freilich erst erbracht werden." Das ist ja eine recht merkwürdige Art, einer „politischen Sensation" entgegenzutreten. Man darf daraus wohl schließen, daß an der „Sensation" mehr ist, als das Blatt vorläufig zugeben will.

Deutsche Tabakindustrie in 1904. Die Lage der Zigarrenfabrikation Deutschlands hat nach dem Jahresbericht der Handelskammer für den Kreis Mannheim sich im Jahre 1904 wesentlich günstiger gestaltet. Nach wie vor sehe aber die Zigarrenindustrie ihren Nutzen durch die wachsenden Ansprüche der Kundschaft hinsichtlich der Farben, Fassons und Aufmachungen stark beeinträchtigt; namentlich die Vorliebe für die fahlen grauen Decktabake, die der Fabrikant nur mit enormen Kosten befriedigen kann, zehre am Geschäftsnutzen. Dazu kommen neben der wachsenden Konkurrenz der Zigarette die ungebührlich langen Zahlungsfristen und die Zunahme der Konkurse unter der Händlerkundschaft. Die Rauchtabakindustrie konnte nur mit Anspannung aller Kräfte dem weiteren absoluten Rückgang des Umsatzes Einhalt gebieten, eine der Vermehrung der Bevölkerung entsprechende Erhöhung des Verbrauchs gilt als gänzlich ausgeschlossen. Auch hier drücken vergrößerte Geschäftsunkosten und vermehrte Ansprüche der Kundschaft an Qualität und Ausstattung den Nutzen. —

Es ist immer bezeichnend, wie die Handelskammern in ihren Berichten die Vorteile und Nachteile für das Kapital abwägen, aber die Arbeiterverhältnisse einer Industrie entweder gar nicht oder nur in oberflächlichster Weise besprechen. Und doch ist die Lage der Arbeiter ein Gradmesser für den Stand der Industrie. In der Tabakindustrie freilich ist gerade die Lage der süddeutschen Arbeiter eine äußerst traurige. Davon redet natürlich eine Handelskammer als die Interessenvertretung des Kapitalismus nicht gern.

Eine interessante Streikstatistik bringt die Dezember-Nummer der wissenschaftlichen Monatsschrift der belgischen Sozialdemokratie. Sie gibt in Prozenten die Verhältniszahlen für diejenigen Streiks der Hauptländer Europas, bei denen es sich um Lohnfragen handelte. Danach war dies der Fall in

der Schweiz	bei 83,8	Prozent
Deutschland	„ 65,6	„
England	„ 59,9	„
Belgien	„ 50,9	„
Oesterreich	„ 67,4	„
Frankreich	„ 60,3	„
Dänemark	„ 55,3	„
Holland	„ 47,1	„
Spanien	„ 16,6	„
Kanada (Amerika)	„ 42,1	„

Beitragshinterziehungen bei der Invalidenversicherung sind nichts Seltenes. Da die Arbeiter der Rente verlustig gehen, wenn das Markenkleben unterlassen wird, ist es gut, wenn die Versicherten sich vergewissern, ob die Beitragspflicht erfüllt wurde. Folgende Entscheidungen machen diese Notwendigkeit klar. Zwar hat die Zivilkammer des Landgerichts Heilbronn in einer Streitsache den Satz aufgestellt: „Der Arbeitgeber, der die Schuld an der Unterlassung der Beitragszahlung zur Invalidenversicherung für seinen Arbeiter trägt, ist verpflichtet, diesem, so lange er lebt, die entgehende Invalidenrente zu zahlen." Das Gericht verurteilte die Gemeinde Böckingen, die für einen von ihr beschäftigten Arbeiter das Markenkleben unterlassen hatte, so daß dieser, als er invalid wurde, keinen Rentenanspruch hatte, zur Zahlung einer lebenslänglichen Rente im Betrage von 156 Mk. jährlich. Das Gericht stützte sich dabei auf die §§ 31, 89, 249, 254 des Strafgesetzbuchs. Anders jedoch hat das Reichsgericht — übrigens in Uebereinstimmung mit dem Berufungsgericht — in einem andern Falle entschieden. Der im Jahre 1900 erwerbsunfähig gewordenen Klägerin wurde von der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte die Gewährung einer Invalidenrente versagt, weil statt der erforderlichen 200 Marken nur 194 Marken für sie geklebt waren. Sie behauptet nun, daß sie vom 1. August 1896 bis 20. April 1897 bei dem Beklagten im Dienst gestanden hätte, daß dieser das Einkleben der Versicherungsmarken unterlassen und dadurch den Verlust der Rente für sie fahrlässigerweise herbeigeführt hätte. Sie machte den Beklagten für den ihr dadurch erwachsenen Schaden verantwortlich und klagte den entsprechenden Rentenbetrag von 150 Mk. jährlich gegen ihn ein. Das Berufungsgericht wies die Klägerin ab, weil ihr aus der fraglichen Unterlassung des Einklebens der Marken ein privatrechtlicher Anspruch, sei es aus einem Vertrage, überhaupt nicht entstanden wäre. Das Reichsgericht (dritter Zivilsenat) hat sich dieser Auffassung angeschlossen und die Revision für unbegründet erachtet, da der Entschädigungsanspruch weder auf ein außerkontraktliches Verschulden noch auf eine privatrechtliche Verpflichtung des Arbeitgebers gestützt werden könne. Auf ein außerkontraktliches Verschulden nicht, weil nach dem hier in Frage kommenden gemeinen Recht jeder nicht allgemein für den durch seine Schuld, sondern nur für den durch seine Arglist angerichteten Schaden, der im vorliegenden Falle nicht angenommen werden könne, hafte und, weil das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 26. Juni 1889 keine Bestimmung darüber enthält, daß die Zuwiderhandlung gegen das Gesetz für den dadurch erwachsenen Schaden haftbar mache; auf eine privatrechtliche Verpflichtung nicht, weil der ganze Charakter des Gesetzes, wie aus seiner Entstehung, Begründung und zahlreichen Bestimmungen ersichtlich, im wesentlichen und prinzipiell ein öffentlich rechtlicher sei, mithin auch die den Arbeitgebern auferlegten Pflichten nicht als privatrechtliche, sondern als öffentlich rechtliche konstruiert werden müßten.

Hinaus aufs Land! Immer schneller geht die Verlegung der Zigarrenindustrie auf das platte Land vor sich. In unserem heutigen Artikel haben wir die Ursachen dieser Industriewanderung erörtert. Nachfolgende Mitteilungen zeigen, daß die Zerstreuung der Fabriken auf das Land ununterbrochenen Fortgang nimmt.

In Oberehnheim soll, wie der Elsässer berichtet, von einer der größten deutschen Zigarrenfabriken, die dort im Lande schon einige Filialen mit Erfolg betreibt, eine neue Filiale errichtet werden. Diese Filiale, welche eventuell sofort ins Leben treten soll, würde hundert und mehr Arbeitern beiderlei Geschlechts lohnende Beschäftigung geben.

Am 2. Januar hat die Firma J. M. Kopp in Klein-Krotzenburg a. M. eine Filiale in dem benachbarten Hainstadt a. M. eröffnet. Die Lokalitäten bieten Raum für ca. 150 Arbeitskräfte, während die Firma in ihrem hiesigen Hauptbetrieb annähernd 200 Arbeiter beschäftigt. Der hier bestehende Arbeitermangel (?) veranlaßte die Firma, eine Filiale nach außerhalb zu legen.

Eine Ausstellung von Heimarbeiterprodukten ist sicherem Vernehmen nach von verschiedenen Sozialpolitikern in Verbindung mit den interessierenden Gewerkschaften in Aussicht genommen. Als Ausstellungsort wird wahrscheinlich Berlin in Aussicht genommen, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß eine Wanderausstellung daraus gemacht wird. Näheres werden wir zu gegebener Zeit berichten.

Die Gewerkschaftsbewegung im Kopfe eines Staatsanwalts. Der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Bremerhaven war angeklagt, wie dem Vorwärts geschrieben wird, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die „zu politischen und sozialistischen Zwecken" einberufen war, nicht angemeldet zu haben. Das Schöffengericht und die Strafkammer sprachen ihn und den mitangeklagten Wirt frei, weil sich die Versammlung nicht mit „sozialistischen", sondern mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt hat. Die Verhandlung vor der Strafkammer erhielt noch eine besondere Würze durch folgendes komische Frage- und Antwortspiel: Staatsanwalt: Verfolgt der Metallarbeiter-Verband sonst politische Zwecke? — Angeklagter: Nein. — Staatsanwalt: Sind Sie nicht politisch organisiert? — Angeklagter: Es ist selbstredend, daß die einzelnen Mitglieder das Recht haben, sich politisch zu organisieren, wo sie wollen, und das auch tun — der Verband hat damit nichts zu schaffen, er betätigt sich nicht politisch. — Staatsanwalt: Ist nicht die Weisung an die Mitglieder ergangen, Schmalfeldt zu wählen; ich meine, etwa von Stuttgart? — Angeklagter: Nein! — Staatsanwalt: Hatte jeder freie Wahl? — Angeklagter: Ja! — Staatsanwalt: Wie? — Angeklagter: Ja! — Die Komik der Situation ist um so packender, als der Staatsanwalt seine Rolle für eine ernsthafte hielt.

Daß die Arbeiterkinder in frühester Jugend getauft und damit einer kirchlichen Gemeinschaft einverleibt werden, dafür treten natürlich unsre Unternehmer alle ein. Daß diese Jugend aber in den Lehrjahren sich gewerkschaftlich organisiert, damit man sie nicht als Helfer gegen Streikende benutzen kann, davon wollen Unternehmer, wie die Inhaber der Firma Frister, Engel u. Heegewaldt, zu Berlin-Ober-Schöneweide, nichts wissen. Diese Herren haben einen Ukas an ihre Lehrlinge erlassen, in dem ihnen verboten wird, einem Lehrlingsverein beizutreten oder während eines Streiks mit Streikenden zu verkehren. Dieses Verbot ist ein prächtiges Pendant zu der Aufforderung an die Soldaten, event. auf Vater und Mutter zu schießen. Denn durch den Ukas wird es den Kindern verboten, eventuell mit Vater oder Mutter zu „verkehren", wenn diese streiken. Herr Heegewaldt ist Vorsitzender des Vereins Berliner Metallwarenfabrikanten, also ein Oberhaupt der Kühnemänner. Das sagt genug!

Immer nobel. Es ist keine große Annehmlichkeit, wenn man fast nur Arbeitern auf der Straße begegnet. Mit dieser Begründung erklärte sich in Züllichau ein Justizrat mit Namen Röder gegen die weitere Hereinziehung von Industrie in die Stadt. Der Bürgermeister selbst mußte den Herrn Rechtsbeflissenen auf das Skandalöse seines unverschämten Ausspruchs hinweisen, indem er einwendete: „Der Arbeiter ist doch auch ein Mensch!" Nun, wir meinen, sehr oft ein viel nützlicherer wie ein Justizrat. Dieser Vorfall ist übrigens ein feines Pendant zu dem Vorkommnis in der Weberstadt Crimmitschau, wo ein Stadtverordneter (Fabrikant) einen Antrag stellte, den Arbeiterinnen und Arbeitern, die aus der Fabrik nach Hause gehen, die Benutzung des Trottoirs zu verbieten, da sonst — die Toiletten der Damen der besitzenden Klassen beschmutzt werden könnten. — Ist in solchen Redensarten, wenn sie auch in äußerlich höflicher Form auftreten, nicht weit mehr Gefühls- und Gesinnungsroheit vorhanden, als wenn Sozialdemokraten mit derben Worten und unter Verletzung des „guten Tones" die Mißstände im Klassenstaate kritisieren?

Auswanderung über Bremen. (Aus dem Statistischen Amte.) Es sind befördert:

im Dezember	Deutsche	Ausländer	Zusammen
1904	444	12 290	12 734
1903	611	6 453	7 064
1902	649	8 196	8 845
1901	360	5 265	5 625
1900	380	6 852	7 232
vom Januar bis Dezember			
1904	14 329	119 352	133 681
1903	16 639	158 681	175 320
1902	13 960	119 369	143 329
1901	9 143	101 463	110 606
1900	9 073	86 888	95 961

nach	und zwar in den Jahren 1904	1903	1902
Großbritannien . . .	8 467	7 271	5 609
Kanada	641	452	255
den Vereinigten Staaten	121 870	164 271	134 600
Brasilien	199	473	306
den Laplatastaaten . .	2 185	886	1 361
Afrika	167	1 731	892
Australien	152	236	306

Auf dem Zollamt. Unter dieser Spitzmarke erzählt die Sächsische Arbeiterzeitung diese lehrreiche Geschichte: Ein Leser unsres Blattes hatte vor den Festtagen Gelegenheit, auf dem hiesigen Zollamt recht sonderbare Erfahrungen zu machen. Er erzählt uns darüber folgendes: Meine Frau hat eine Schwester in Ungarn, die Landwirtschaft betreibt. Sie wollte ihr eine Weihnachtsfreude machen und schickte aus Ungarn einen Kübel ff. Schweineschmalz, eine feine Rindszunge und Aepfel und Nüsse. Wie üblich, brachte der Briefträger die Paketadressen, und er wurde ersucht, die Waren verzollen zu lassen und zuzustellen. Nach 24 Stunden kam er nur mit den Adressen und den Worten zurück, das Zollamt liefere die Waren nicht aus. Darauf begab ich mich selbst dahin und hörte, daß Zungen nicht eingeführt werden dürfen, sie müssen entweder vernichtet (verbrannt) oder zurückgeschickt werden. Letzteres müsse durch den Spediteur durch Deklaration unter Aufsicht eines Beamten geschehen. Diesen umständlichen und kostspieligen Weg wollte ich nicht betreten und zog die Vernichtung der Zunge vor. In Begleitung eines Beamten ging es zum feurigen Zollamtsofen, und in meinem Beisein ward die schöne Zunge in den Feuerschlund geworfen. Des Deutschen Reiches Wohl war gerettet. In Begleitung eines Beamten ging es nun, nachdem der Zoll bezahlt war, mit dem Schweineschmalzkübel, Aepfeln und Nüssen zum Schauamt. Nachdem hier die indirekten städtischen Abgaben entrichtet und amtlich festgestellt war, daß deutsche Reichsbürger nicht durch dieses ungarische Schweineschmalz an ihrem Leib geschädigt werden können, erhielt ich endlich nach wieder 24 Stunden die Weihnachtssendung ausgehändigt. Unserm Gewährsmann, den das Vernichten der schönen lecker Zunge natürlich wurmte, wurde ferner auf Erkundigungen hin noch mitgeteilt, daß auf dem Zollamt gute Nahrungsmittel fast alle Tage verbrannt würden. Es wäre ein Jammer, oft mit ansehen zu müssen, daß arme Leute, die kaum was zu essen haben und von ihren Angehörigen aus dem Auslande Eßwaren erhalten, diese dann erbarmungslos vernichtet und verbrannt werden und die Empfänger weinend dabei stehen. — Wer nach dem Bekanntwerden so unerhörter Tatsachen nicht von lebhaftem Unwillen über derart unsinnige Zustände erfaßt wird, der darf keinen Anspruch darauf machen, als vernünftiger Mensch zu gelten. Die Unsinnigkeit und Ungerechtigkeit wird in diesem Falle auch noch durch die materielle Seite des Zollwesens illustriert. Es liegen uns nicht weniger als vier Quittungen vor, die wegen der 3½ Kilo Schmalz ausgestellt werden mußten, nachdem die verschiedenen Beträge bezahlt waren. Und letztere sind nicht gering. Es mußte nämlich an städtischen indirekten Steuern, Verbrauchsabgaben, Gebühr für chemische Untersuchung insgesamt nicht weniger wie 1.22 Mk. bezahlt werden. Jeder Mensch, der einmal an sich selbst die Wirkungen dieser Zoll- und Steuerzustände gefühlt hat, wird mit den Sozialdemokraten der Meinung sein, daß sie je eher, je besser abgeschafft werden müssen.

Untersuchung des Tabaktrusts. Das Justizdepartemet in Washington hat den Spezialanwalt A. E. Garner, der eine Untersuchung der Methoden des Tabaktrusts in Tennessee und Kentucky vornahm, beauftragt, seine Arbeit zu vollenden und baldmöglichst einen Bericht vorzulegen. Außerdem werden Agenten nach Ohio, Connecticut, Neuyork und Neujersey gesandt, um in diesen Staaten die Methoden des Trusts zu untersuchen. Nach Neujahr soll dem Kongreß eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Abschaffung der Inlandsteuer von 6 Cents pro Pfund auf Blättertabak fordert. Die Vorlage soll im Interesse der Tabakpflanzer und unabhängigen Händler unterbreitet werden und wird behauptet, daß die Pflanzer sowohl wie die Händler besser mit dem Trust konkurriern könnten, wenn die Vorlage Gesetz wird.

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter von Halberstadt.

Kurz vor Weihnachten hatten wir uns nochmals an das Einigungsamt des Gewerbegerichts gewandt, um nichts unversucht zu lassen, den Kampf zu beenden. Die Zigarrenfabrikanten haben uns aber, wie schon einmal, die Erklärung zustellen lassen, daß sie vor dem Einigungsamte nicht mit uns unterhandeln wollen.

In ihrem Antwortschreiben behaupten die Fabrikanten, es hätte keines Streiks bedurft, es hätte sich alles in sachlicher Aussprache regeln lassen. Diese Behauptung trifft entschieden nicht zu. Wir haben seinerzeit alles aufgeboten, um einem offenen Bruch aus dem Wege zu gehen. Die Halsstarrigkeit der Fabrikanten war es aber, an der jeder Einigungsversuch scheiterte. Auch später, schon während der Aussperrung, haben wir alles versucht, um den Frieden anzubahnen, immer sind wir von den Fabrikanten zurückgewiesen worden.

Wie es scheint, kommen die Fabrikanten jetzt aber selbst zu der Einsicht, daß es zu keinem Ende führt, wenn sie bei ihrer Halsstarrigkeit bleiben. Sie erklären, daß sie trotz allem Vorgefallenen ohne Groll gegen ihre Arbeiter ihre Fabriken gern wieder öffnen wollen. Sie können ja

den Beweis liefern, daß sie es mit ihren Arbeitern gut meinen und können sich mit uns einigen; wir sind jederzeit bereit, in die dargebotene Friedenshand einzuschlagen. Bis dahin aber kämpfen wir weiter. Unserm Beschlusse gemäß werden wir, ehe wir uns bedingungslos unterwerfen, Mann für Mann Halberstadt verlassen. Im Laufe der letzten Woche sind wieder mehrere Kollegen abgereist und die übrigen folgen.

Kollegen und Kolleginnen in Deutschland! Wenn wir siegen sollen, darf Eure Opferfreudigkeit nicht erlahmen. Es ergeht daher an Euch abermals die dringende Bitte, uns weiter recht tatkräftig zu unterstützen. Geldsendungen sind zu richten an Ludwig Striethorst, Bakenstr. 63, per Adr. Max Bollmann.

Quittung. Eingegangene Gelder: W. Töllner, Rostock 9.05; — C. Fellmann, Müncheberg 3.50; — Otto Rakow, Zossen 4.15; — Osw. Seibt, Görlitz 11.—; — Julius Weide, Zerbst 2.40; — Jakob Leingang, Edenkoben 12.—; — Paul Ratajczak, Berlin 25.— Mk. erhalten und an das hiesige Kartell zur Weihnachtsbescherung abgeliefert. — Aus Eberswalde, Zigarren und 4.60 Mk.

Berichtigung. In voriger Nummer muß es heißen statt G. Wissel, Altenburg 10 Mk.: G. Wissel, Altenbruch 10 Mk.

Berichte.

Edenkoben. Neujahrsfeier. Mit Freuden können wir unseren werten Kollegen und Kolleginnen bekannt geben, daß wir es auch einmal so weit gebracht haben, unsere Neujahrsfeier mit Christbaumverlosung zu verschönern. Man merkte nichts davon, daß unter uns immer Reibereien geherrscht haben, denn das Festlokal war den ganzen Sylvesterabend sehr gut besetzt und jeder Beteiligte den ganzen Abend in bester Stimmung. So verlief das Fest in glänzendster Weise. Außer unsern Unkosten wurden noch 12 Mk. Gewinn erzielt, welche zugunsten der Halberstädter ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen gespendet wurden, denen wir im neuen Jahre mehr Glück als im alten wünschen, damit ihr Kampf auch von Erfolg gekrönt wird. Wir stellen noch die Bitte an die Mitglieder unserer Zahlstelle, daß sie auch in Zukunft einig sein mögen, denn nur in Gemeinschaft können wir uns hehre Freude bereiten.

Die Bevollmächtigten der Zahlstelle Edenkoben.

Karlsruhe. Ein eigenartiges Neujahrsgeschenk war den Arbeitern der Zigarrenfabrik L. Meier in Karlsruhe beschieden. Am Freitag abend erhielten nämlich sämtliche Arbeiter der Fabrik, 25 an der Zahl, worunter sich 10 Verheiratete befinden, die Kündigung. Herr Meier soll nämlich seinen Betrieb den bundesrätlichen Vorschriften entsprechend einrichten. Das aber will Herr Meier nicht, und ehe er den Arbeitern das bißchen Schutz gegen die Gefahren des Betriebes für die Gesundheit der Arbeiter durchführt, will er seine Bude schließen. Wenn jetzt die Bude wirklich geschlossen wird, dann will die Firma ihre Waren von Heimarbeitern herstellen lassen. Diese können aber bei den bezahlten Löhnen trotz Zuhilfenahme der Nachtarbeit nicht bestehen. Bei der Kündigung gab Herr Meier seine Zukunftspläne in folgenden Worten kund: Er müsse die Arbeiter entlassen, weil die bundesrätlichen Vorschriften zum Schutze der Zigarrenarbeiter unerfüllbare Anforderungen an ihn stellen, er wolle aber zum Frühjahr in Rintheim, wo die Firma schon jetzt Hausarbeit machen läßt und wo sie 15 bis 26 Prozent weniger als hier bezahlt, eine Fabrik errichten, in der dann die sämtlichen jetzt gekündigten Arbeiter wieder Beschäftigung finden könnten. Was aber die Arbeiter bis zum Frühjahr anfangen sollen, das kümmert Herrn Meier nicht. Er denkt wohl, die Proleten könnten einen Winterschlaf machen, bis er geruht, sie wieder zur Ausbeutung herbeizurufen.

Briefkasten.

Spenge. Eure Karte hat durch den Neujahrstrubel Verzögerung erlitten und kam zu spät in unsre Hände.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Oelmühle 21.

Eingegangen: Altona 200 Mk. — Sterbekasse: Rostock 22.25 Mk., Alto a 200 Mk., Bautzen 40.48 Mk., Heidingsfeld 19.70 Mk.
Zuschüsse: Miloslaw 50 Mk. — Krankengelder: 57.59 Mk.

Hamburg, den 9. Januar 1905. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Weiland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

Bekanntmachung.

Jos. Okan aus **Oppeln**, Buch Ser. I, 14510, ist ohne Abmeldung von Neumarkt abgereist und muß 1 Mk. Strafe zahlen. Derselbe kann keine Unterstützung erhalten.

An **Felix de Beve**, Buch Ser. I, 23052, ist keine Unterstützung auszuzahlen, das Buch ist zu konfiszieren und an uns einzusenden.

H. Wichmann aus **Muckum**, Buch Ser. I, 11086, ist ohne Abmeldung von Hiddenhausen abgereist und hat 1 Mk. Strafe zu zahlen. Derselbe darf keine Unterstützung erhalten.

(Berichtigung.)

Das Mitglied **Anna Marie Ihle**, Ser. I, 22400, ist statutengemäß (wegen Rest und ohne Abmeldung) gestrichen worden.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom 3. bis 10. Januar 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	M	₰		M	₰
2. Januar. Kahla	100.	—	8. Genthin	30.	—
2. Pegau	65.	—	8. Mörs a. Rh.	40.	—
2. Ansbach	100.	—	8. Neubaus a. Elbe	80.	—
3. Schwetzingen	50.	—	8. Schmölln (S.-A.)	100.	—
3. Ladenburg	50.	—	8. Sulingen	60.	—
3. Müncheberg	50.	—	8. Edenkoben, J. Nether	120.	—
3. Rawitsch	100.	—	8. Bautzen	300.	—
4. Zeitz	100.	—	8. Schönebeck, Ser. I, 3906	2	80
4. Hesserode	100.	—	9. Klein-Auheim	207.	94
4. Neumarkt	200.	—	9. Frankenberg i. S.	500.	—
4. Osterode a. H.	200.	—	9. Gießen	62.	03
5. Raschhausen	127.	12	9. Varel	70.	—
6. Rheda i. W.	80.	—	9. Bünde	75.	—
6. Zirke, L. N.	5.	85	9. Ottensen	400.	—
7. Seifhennersdorf	150.	—	9. Minden i. W.	500.	—
7. Speier	100.	—			

B. Für Protokolle der Generalversammlung:

9. Januar. Frankenberg i. S., J. Finke . . . . . 10.—

C. Für Annoncen:

6. Januar. Braunschweig, R. Borchers 3.60

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 10. Januar 1905. **W. Nieder-Weiland**, Marktstraße 18, II. Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Ansbach:** R. Müller als 1. Bev., Karl Weiß als 2. Bev., H. Messerer als 3. Bev.; A. Mangold, Fritz Gehring als Kontroll.

Für **Biebrich:** Simon Fischel als 1. Bev., Wendelin Hoffmann als 2. Bev., Max Märkisch als 3. Bev.; A. Hepperle, Jak. Vieth, Wilh. Kremer als Kontrolleure.

Für **Braunschweig:** Emil Burgold als 1. Bev., W. Meier als 2. Bev., Max Schmidt als 3. Bev.; G. Meier, A. Sander, C. Schwiemer als Kontrolleure.

Für **Burg** bei Magdeburg: Karl Holst, Paul Gruhn als Kontrolleure.

Für **Dassow:** Rob. Arndt als 1. Bev., H. Storm als 2. Bev.

Für **Genthien:** Otto Nicula als 1. Bev.; B. Zwickert, H. Scheffler als Kontrolleure.

Für **Goslar a. H.:** Christ. Ketscher als 1. Bev., Joh. Rohe als 2. Bev., Emil Böker als 3. Bev.; Münz, Deventer, Hartmann als Kontrolleure.

Für **Hartha:** Gust. Voigtländer als Vertrauensmann.

Für **Hastedt:** H. Kohlers als 1. Bev., Willi Kühl als 2. Bev., Gerh. Meyering als 3. Bev.; H. Krapff, Fritz Hoppe, Franz Peters als Kontrolleure.

Für **Herford:** H. Heidemann als 1. Bev., Wilh. Landre als 2. Bev., H. Kiel als 3. Bev.; Uhmeier, A. Bremer als Kontrolleure.

Für **Klein-Auheim:** B. Simon als Kontrolleur.

Für **Rawitsch:** Heinr. Schilk, Karl Kupke als Kontrolleure.

Für **Varel:** H. Suhren als 1. Bev., Karl Budde als 2. Bev., Anton Hoshenke als 3. Bev.; Schröder, Geräz als Kontrolleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Heinr. Nienaber aus Spenge. (34)
Jul. Jübel aus Filehne, Agnes Munke aus Kochsdorf. (333)
Marie Dreke aus Mittenwalde. (346)
Philipp Orth aus Edenkoben. (94)
Martha Schwarzer, Emma Schlagmann, Ida Kuske, Aug. Euler aus Jauer, Anna Royß aus Egelsdorf. (168)
Paul Rabenstein, Helene Schneider aus Glauchau. (381)
Th. Behrens aus Erfurt (z. R.). (84)
Herm. Loch aus Dessau, Anna Worch, Marie Naumann aus Neundorf. (222)
Otto Wandschneider aus Mölln (z. R.). (148)
Anna Specht geb. Fuß aus Thaiernbach, Marie Riegler aus Hoffenheim. (430)
Fr. Theißen aus Meschede. (209)
Emil Walter, Emil Müller, Rich. Jentsch, Frida Räcke aus Seifhennersdorf, Gust. Mayer aus Altona a. d. Elbe. (307)
Martha Grabisch aus Stanowitz, Ida Runge aus Sprottau, Marie Fitz, B. Fitz aus Gräbschen, Berta Reichelt aus Gossendorf, Gertrud Kunze, Martha Kunze, L. Muherupt aus Breslau. (86)
Carl Loll, Aug. Hillebrink, Heinr. Ober aus Oerlinghausen. (255)
C. E. Saupe aus Rochlitz, Frau Saupe aus Potsdam, H. Köhler aus Braunschweig. (42)
Auguste Köhler aus Zerbst. (380)
Hans Popp aus Würzburg. (7)
Christ. Bott aus Calmbach. (60)
Frieda Rantisch aus Raschhausen, Paul Gäbler aus Orlamünde. (244)
H. Wensing aus Burgsteinfurt (z. R.), Dora Burgdorf aus Osterode. (253)
P. Ferd. Brückner, A. M. Heinzinger, M. Josepha Kemmerer, Anna Kemmerer aus Klein-Auheim, Nikolaus Kopp aus Bockenheim. (473)
Wilh. Maus aus Spandau, Marie Bergemann aus Klein-Gerutten. (312)
Christ. Leinz aus Weitmars. (330)
Albert Grund aus Selchowhammer i. Westpr. (236)
Albin Kerl aus Altona, Emil Stange aus Berlin (z. R.). (81)
Max Gurack aus Broßen. (166)
Marie Dreke geb. Mudrig aus Trebbin. (346)
Lina Wohn aus Damerow. (287)
P. Tillner aus Burg b. Mgdbg. (11)
Gustav Teigeler aus Herford. (152)
Lina Kutzschbach aus Saalfeld, Emilie Abbé aus Regis. (1)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Ansbach:** Bei Karl Weiß, Oberhäuser Straße 17. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen nur von 12—1 Uhr mittags.

In **Biebrich:** Bei Simon Fischel, Rathausstraße 23. An Wochentagen den ganzen Tag. An Sonn- und Festtagen von 11 bis 2 Uhr mittags.

In **Bielefeld:** Bei A. Engels, Petristr. 10, II. Zu jeder Tageszeit.

In **Boizenburg a. Elbe:** (Vom 22. Januar ab) bei G. Pöhnitzsch, Klingbergstr. 132.

In **Genthien:** Nur an Mitglieder, die am Ort in Arbeit treten.

In **Goslar:** Bei Chr. Ketscher, Trollmönch 1. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr mittags.

In **Herford:** Durch H. Kiel im Lokale der Witwe Overbeck, Am Bergertor. Von 12½—1½ Uhr mittags und 6½—8 Uhr abends. — Die am Ort befindlichen Arbeitslosen erhalten Sonnabends von 7—8 Uhr durch Wilh. Landre, Salzufler Straße 147, ihre Unterstützung.

In **Neuendorf:** Bei Wilh. Rosteck, Bismarckstraße 9. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 8—9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr mittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Ansbach:** Bei Bernh. Müller, Würzburger Straße 28. Sonnabends von 6—8 Uhr abends.

In **Biebrich:** Bei W. Hoffmann, Wiesbadener Straße 15. Sonnabends von 7—9 Uhr abends.

In **Goslar:** Bei Joh. Rohe, Bäckerstr. 86. Jeden Sonnabend von 6—7 Uhr abends. (Mitgliedsbuch vorzeigen.)

In **Herford:** Bei Wilh. Landre, Salzufler Str. 147. Jeden Sonnabend von 7—8 Uhr abends.

Adressenänderung:

Für **Hartha:** Der Vertrauensmann Gust. Voigtländer wohnt in Flemmingen, Colditzer Str. 31e, I.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In **Seifhennersdorf:** Sonnabend, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, in Schmidts Gasthaus. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Frankenhausen a. Kyffh.:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Bauerfelds Lokale. **Tagesordnung:** 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verbandsangelegenheiten. — Die Bücher sind zum Abstempeln mitzubringen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Rehme:** Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal Röpke. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Spenge:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Gastwirt Lippeltmann, früher Lütkemeyer, Westerenger. Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen und seine Beiträge zu regeln.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Zerbst:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, Am Wegeberg 16. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Altenburg:** Montag, den 16. Januar, im Gasthof zum goldnen Engel. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Neumünster:** Dienstag, den 17. Januar, abends 8½ Uhr, bei Kellermann. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Botenwahl. 4. Kartellbericht. 5. Vergnügen. 6. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Gera** (R. j. L.): Sonnabend, den 21. Januar, abends 8½ Uhr, in der Löwenburg, Schmelzhüttenstraße 8. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Halbjährlicher Bericht. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Bericht und Neuwahl der Vorortekommission. 5. Verschiedenes. — Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Spremberg:** Sonnabend, den 21. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Knorr, Pfortenstraße. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. (Die restierenden Mitglieder wollen gefälligst bis dahin die Reste begleichen.)

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bernburg:** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3½ Uhr, im Thüringer Hof, Schulstraße. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Berichterstattung vom Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes. — Ersuche die Mitglieder, doch recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Breslau:** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Maraaretenstr. 17 (Zimmer Nr. 7). Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl der Kartelldelegierten. 4. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bielefeld:** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Pallmeyer, Webereistr. 5.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Hamburg-Eimsbüttel:** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3½ Uhr, im Lokale der Witwe v. Salzen, Caffamacherreihe 15-17. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht vom Kartell. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Wahl der Kartell-Delegierten. 5. Wie verhalten sich die Kollegen zu der Einführung eines Extra-Beitrages event. Beschlußfassung über denselben. 6. Antrag des Kollegen Quast: Halten wir ein Wintervergnügen ab? 7. Innere Vereinsangelegenheiten.

J. A.: **Die Bevollmächtigten.**

In **Ober-Ottendorf:** Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zur Wacht am Rhein. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Beiträge bis zum 15. Januar zu begleichen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Potsdam:** Sonntag, den 22. Januar, im Verbandslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Reglung des Verbandsorgans. 3. Gewerkschaftliches. — Die Kollegen von Caputh und Nowawes sind hierdurch eingeladen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Frankenberg:** Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1904. 2. Stiftungsfest. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Liegnitz:** Montag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Sanssouci. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Neuwahl der Bevollmächtigten und Delegierten zum Gewerkschaftskartell. 3. Aufbringung der Gelder zum Gewerkschaftshaus und Kartell. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 21. d. Mts. zu begleichen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Lübtheen:** Montag, den 23. Januar. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes. Die hiesigen, sowie die auswärtigen, nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Beitragsreste bis 31. Dezember v. J. zu begleichen, widrigenfalls das Statut in Anwendung gebracht wird.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Rottbus:** Montag, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, bei R. Keil. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl der Kartell-Delegierten. 4. Verschiedenes. (Die auswärtigen Mitglieder wollen bis dahin ihre Beiträge begleichen.)

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Oerlinghausen:** Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Blome. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes. (Bis dahin müssen die Reste beglichen sein.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Düsseldorf. Die hiesigen sowie die von auswärts nach hier steuernden Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Reste zu begleichen, da sonst das Statut in Anwendung gebracht werden muß.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hoffenheim. Die Mitglieder wollen gefälligst bis 21. Januar ihre Beiträge begleichen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Leipzig. Den am Orte und nach hier steuernden Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 7. Januar 1905 ab unser Verkehrslokal nicht mehr Römischer Hof, sondern **Volkshaus** (früher Tivoli), Zeitzer Straße, ist. Daselbst wird auch jeden Sonnabend für die zur Zahlstelle gehörenden Mitglieder von ½9—10 Uhr Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt und Verbandsbeiträge entgegengenommen.

Kranken- und Arbeitslosen-Meldungen sind dem Unterzeichneten **nur** an unten angegebene Adresse binnen 24 Stunden zu melden, sonst finden dieselben laut Statut **keine** Berücksichtigung.

Für die reisenden Mitglieder befindet sich das Verkehrslokal und Herberge in Stadt Gotha, Große Fleischergasse. Daselbst erhalten dieselben auch ihre Arbeitslosenunterstützung.

Richard Hoffmann, Leipzig-Neustadt, Hedwigstr. 11, IV.

Parchim. Die Mitglieder werden dringend ersucht, die restierenden Beiträge zu begleichen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Roh-Tabake!

Empfehle zu außergewöhnlich billigen Preisen, besonders:

Sumatra-Decken

Senemba My P. SSS III. mittelfarbig	**1.40** Mk.
Deli Ba My K. SB I, mittelfarbig	**2.00** Mk.
Medan Tabak My S Langh. SR II, ganz hell	**2.50** Mk.
Mandin Ang. Deli B II, mittel bis hell	**2.50** Mk.
MT. Deli B II, mittel bis hell	**2.60** Mk.
Senemba My PS II, mittelfarbig	**2.70** Mk.
Deli My KB Langh. SL I, ganz hell	**3.50** Mk.
Bantan V I, graue Farben	**4.25** Mk.

Sämtliche Sumatras sind Vollblätter, ganz vorzüglich im Brand und sehr deckfähig.

. **Java-Umblatt** . . . . . 1.— Mk. bis **1.20** Mk.
uten alten Uckermärker . . . . . **—.70** Mk.

Ein Versuch führt zu dauernden Nachbestellungen.

Bernhard Segal, Kottbus.

Hans Wittig

Bremen 2. ✦ Bremen 2.

Empfehle zu **billigsten** Preisen:

Sumatra, Decker, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker,** 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt,** 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage,** 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker,** 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage,** 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt,** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt,** 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt,** 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake,** 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle **deutsche Tabake,** prima Ware.
Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per ½ kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.

!Roh-Tabake!

und **sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation** kauft man am **besten** und **billigsten** bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Feine Qualitäten. — Tadellos in Brand. — Kulante Bedienung. — Streng reell.

Rohtabake

in grösster Auswahl zu äusserst billigen Preisen.

Albert Steen, Bremen

Filiale: Berlin N., Linienstr. 203/4, Ecke Rosentaler Str.

Bitte Preisliste zu verlangen.

Versand nur unter Nachnahme.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

Preisliste gratis und franko.

Ganz umsonst und portofrei

kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben. Man verlange neuesten Prachtkatalog mit 3500 Abbildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang). Derselbe enth. grosse Auswahl in Herrenketten, ferner grosse Auswahl in

Gebrüder Bell, Gräfrath

bei Solingen.

Aeltestes Fabrikversandhaus am Platze. Gegründet 1876.

Damen-Uhr- und Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhr., Regulateure, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen,

Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Wagen, Sensen, Reben- od. Gartenscheren, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Gemüse-, Hack- u. Wiegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafelmesser u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneiderscheren, Haarmaschinen, Rasierutensilien, Musikinstrumente, Schmuck- u. Haushaltungsartikel, Kinderspielwaren u. Christbaumschmuck etc. Gleichzeitig offerieren wir, damit sich Jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren überzeugen kann, franko prima Nickel-Uhrkette No. 695 wie Zeichnung ca. 29½ cm lang, mit Kompass i. Schieber u. 2 Quasten-Anhängern für nur Mark 2.—. 14 Tage zur Ansicht. Besteller verpflichtet sich, den Betrag in angegebener Probezeit einzusenden od. die Uhrkette zu retournieren. — Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachnahme. Bitten genau auf unsere Firma zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerketten.

Extra-Angebot!

Ich offeriere

30 Ballen St. Felix-Brasil-Decke PFS

für 115 Pfg. per Pfund verzollt!

es sind dies hochfeine Qualitätstabake, weißer Brand, gute Deckkraft, in jeder Beziehung tadellos. Ballenpreis 1.10 Mk. pro Pfd., Ballengewicht ca. 130 Pfd.

Versende von **9** Pfd. an unter Nachnahme.

H. SCHÜTT, Rohtabaklager

Gegründet 1875. **Wandsbek, Hamburger Str. 16.** Gegründet 1875.

Berücksichtigen Sie

dies ausnahmsweise billige Angebot!

Sumatra-Losgut zu Deckblatt

nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für **110** Pfg., netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für **10** Mk., überhaupt **Rohtabak billigst.**

J. G. EINERT

Braunschweig.

Rohtabak.

Decke Nr. 5230

rötlich hell, reinfarbig

1. Länge Vollblatt

unter 1¼ Pfd. deckend

à Mk. 2.00 verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Magazinstrasse 14.

Rohtabak-Handlung

in- und ausländische

en gros en detail

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Jacob Hirsch jun.

Mannheim a Rh., P 7, 1

Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Pfälzer Rohtabak

billig, flottbrennend u. ff. in Qual.

Ia. Umblatt	ℳ 64—68	versteuert
Ia. Umbl. m. Einl.	„ 62—66	
Ia. entrippte Einl.	„ 85 —	
geschn. Blatteinl.	„ 56 —	
Sumatra-Deck.	ℳ 1.40—3.35	

9 Pfd.-Proben unter Nachnahme.

Otto Steiner, Helmsheim

bei **Bruchsal, Baden.**

Jeder überzeuge sich davon.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 3a

empfiehlt

Sumatra

feine mittelbraune Farben, schneeweißer, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1¼ Pfund

per Pfund nur Mk. 2.80.

Rohtabak!!

Als **konkurrenzlosen Artikel** empfehlen wir durch **äußerst günstigen Einkauf**

Sumatra-Deckblatt

dritte Länge Vollblatt, ganz hell und reinfarbig, hochfein im Brand und Geschmack, per Pfund verzollt Mk. **2.50** und Mk. **2.80;** ferner

Mexiko-Decke

hochfeine Farben, äußerst deckfähig und gute Qualität, per Pfund verzollt Mk. **4.40** und Mk. **5.—.**

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 ₰.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 ₰.
Vorstenland-Decke 145, 175 ₰ schwarzgrau
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ₰.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ₰.
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 ₰.
Cuba 100, 300 ₰. — **Havanna** 80, 135 ₰.
Mexiko-Decke 185, 375, 450 ₰.
Pa. Losgut 80 ₰, **Paraguay** 85 ₰.
Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 ₰.
Preise ausgewogen m. 3% Cassa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Wilh. Puchtler

Altona (Elbe), Paulstr. 14.

Rohtabake.

Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):

Brasil, hervorragende Qualität, 1.00 bis 1.50 Mk.
Sumatra, tadelloser Brand, vorzüglich deckend, 1.10, 1.15, 1.60, 1.80—2.80 Mk.
Seedleaf, Ia. Qualität, 1.00, 1.20 Mk.
Yara-Cuba u. **Havanna** von 1.20—2.50 Mk.
Losgut (gesund) 0.80 Mk.

Versand nur unter Nachnahme. — Nichtgefallendes nehmen anstandslos zurück.

Carl Rother & Rode

Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummerei 26.

Neue u. gebr. Wickelformen. — Gras und Spitzen.

Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3% Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

In dieser Woche

und solange der Vorrat reicht, kommen zu **außergewöhnlich billigen Preisen** nachfolgende **Tabake** zum **Versand:**

Sämtliche Sorten sind tadellos in Brand und Geschmack!

Domingo ff., breitblattig und zart, **80** Pfg.
St. Felix-Brasil-Einlage, gesunde Ware, **70** und **80** Pfg.
„ „ „ **Decken,** sehr ergiebig u. schneeweiß im Brand, **150** Pfg.
Havanna, große reelle Einlage, leicht und wollig, **75** und **80** Pfg.
Seedleaf-Umbl. u. Einl. **75** Pfg., **feinstes Umblatt 90** Pfg.
Carmen-Umblatt 75, 80, 85, 90, 100 Pfg.
Sumatra-Umblatt, enorm vorteilhaft, **95** Pfg.

Außerdem empfehle noch **Sumatra-Decken** in allen Farben und Längen, von 110—350 Pfg.; **Java-** und **Vorstenland-Decken** 140, 150, 180, 200 Pfg.; **Mexiko-Decken** 200 Pfg.; **Java-Umblatt** 90, 85 Pfg.; **Losgut,** extrafeine Mischung **bester Original-Tabake, meist Umblatt,** 75 Pfg.; **Wickelformen,** gerade Fassons, 20—50 Pfg.; **Zigarrenband, halbseide,** pro Rolle 75 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Brinkmeier & Co., Bremen.

Spez.: Sumatra-Decken. — Spez.: Sumatra-Decken.

Roh-Tabak

Gelegenheits-kauf.

Hochfeine Partie

Vorstenlanden-Decker

I Vollblattlänge — Qualitätstabak

verzollt nur 160 Pfg. per Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 13 gratis u. franko.

Billigstes Roh-Tabak-Lager Hamburgs!

L. Adler, Vereinsstraße 34, Hamburg.

Helle Sumatra-Decken, Vollbl. I. L., Pfd. 3.30 ✱ II. L. Mk. 2. — Sumatra, mittel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.60 ✱ II. L. Stückbl., sehr deckfähig, Pfd. 1.30. — Sumatra, dunkel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.50, do. Umbl., leicht, 1.10, 1.15 ✱ Brasil Umbl. u. Einl. 85, 90, 95 Pfg., rein Umbl. Mk. 1 ✱ Umbl. u Decke 1.10, 1.20 ✱ Decke Mk. 1.40. — Java Umbl. u. Einl. 85 Pfg., rein Umbl. 95, 100-120 Pfg. — Domingo ff. 95 Pfg. — Havanna Umbl. 1.60, 2.00, 2.50. — Losgut 75 Pfg. — Mexiko, sehr deckf., 1.85. — Vorstenl. Decke, hell, Pfd. 1.50. ✱ Sämtliche Preise verstehen sich verzollt! Bestellungen per Nachnahme. Ein Versuch genügt, um ständiger Kunde zu bleiben! Von 9 Pfd. an franko Haus!

Ausschreibung!

Der **Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes** beabsichtigt, für die **Einzelmitglieder Dresdens** einen

Lokal-Beamten

anzustellen. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsbewegung bekannt sein und agitatorische und organisatorische Befähigung besitzen. Die Anstellung ist zum 1. Februar 1905 bei vierteljährlicher Kündigung und 1600 Mark Jahresgehalt vorgesehen. — **Bewerbungen** mit näherer Angabe über die seitherige Tätigkeit innerhalb unserer Organisation sind bis **25. Januar d. J.** an **Max Clement, Dresden, an der Drei Königs-Kirche 6,** I., zu richten.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.

Gegründet 1879.

Spezial-Offerte:

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:

Sumatra-Decke, 1te Lge., schwarz,	
schneeweißer Brand	400 ₰
do. ganz hell, reinfarbig	300 ₰
Uckermärker, beste Qualität, groß, sehr blattig	60, 65, 70 ₰

! Direkter Einkauf ! eigene Bearbeitung

daher größte Leistungsfähigkeit!

Sämtl. Fabrikations-Utensilien.

Nachtrag z. Katalog neu erschienen.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dutzend Mk. **2.50** (30 Flaschen Mk. **7.—**, kostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Selten günstige

Rohtabak-Bezugsquelle

nur erstkl. Ware bill. Preise.

Vorstenl.-Decke, hell, selten feiner Tabak, Pfd. 2.40 ℳ, **Vorstenl.-Umblatt,** ausgeb. großes Blatt, Pfd. ℳ 1.13 u. 1.15, **Brasil,** leichte Hav.-Qual., Pfd. ℳ 0.90, **Schnitt-Einl.** bezw. **Abfall von Sum.-Java,** Pfd. ℳ 1.06. Bei 100 Pfd. Extra-Preise. 9 Pfd. zur Probe per Nachnahme.

O. Hartwig, Bocholt

an der holl. Grenze.

Ia. Grus

a 25, 50, 75, stets am Lager. **Amerik. Umbl.** 100—120. **ff. hell, Deli, Geleghkf.,** a 2½—300, off. **Kemmler Nfg., Breslau 6.**

Durch die Expedition des **Tabakarbeiters** in **Leipzig, Tauchaer Straße 19/21,** kann die Broschüre

Die Internationale

Eine Denkschrift zur 40jährigen Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation von

Gustav Jaeckh

jetzt auch **elegant gebunden,** und zwar zum Preise von **2 Mk.,** bezogen werden. **Broschiert** kostet dieselbe **1.50 Mk.** (Porto 30 Pfg.).

Todes-Anzeigen.

Am 2. Januar starb nach langer Krankheit **Karl Schmidt** aus **Rosenhain** im Alter von 68 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle.

Am 8. Januar starb nach jahrelangem Leiden Frau **Emma Kruse geb. Bönning** aus **Rinteln** im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Zahlstelle Verden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Genser, Leipzig, Siedlerstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 3. Sonntag den 15. Januar 1905.

Demokratismus in der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation.

I.

Der demokratische Geist ist nicht, wie seine Widersacher so oft behauptet haben, ein Produkt „irrenden und zügellosen Denkens", sondern die natürliche und zugleich die sittlich höchste Konsequenz der menschlichen Gemeinschaft Er ist ein integrierender Teil der ins Bewußtsein übergegangenen Interessensolidarität, des Solidaritätsgefühls, das von jeher in allen Daseins- und Interessenkämpfen der Menschen, für die ganze Kulturentwicklung der wichtigste, bestimmendste und entscheidendste Faktor war. Derjenige Zug des menschlichen Wesens, vermöge dessen solche, die gemeinschaftliche Interessen zu bewahren und zu fördern haben, sich näher aneinander schließen, um nach übereinstimmender Erwägung und nach einheitlichem Plan zu wirken, ist ein so natürlicher, allgemeiner und unzerstörbarer, daß hierauf der ganze gesellschaftliche Verband, also tatsächlich das Gedeihen und die Fortexistenz des menschlichen Geschlechts beruht. Diesen Grundzug des menschlichen Wesens kann keine Tyrannei, keine die Interessen menschlicher Gemeinschaft unterdrückende Gewalt vernichten. Er bleibt erkennbar und wirksam unter dem Regiment absolutester Willkür; möge herrschendes Sonderinteresse noch so sehr wider ihn freveln, immer und unter allen Umständen kommt für Völker, die unter dem Zwange der entwicklungsgesetzlichen Bedingnisse stehen, die Zeit, wo er und mit ihm der demokratische Geist als befreiende, umgestaltende und vorwärtsbringende Macht sich bewährt.

Das lehrt die Geschichte. Nur auf ein großes Beispiel, das die Vergangenheit bietet, sei hier hingewiesen: Aus der Interessensolidarität wuchs im Mittelalter, allem widerstrebenden Einfluß der kirchlichen und weltlichen Macht zum Trotz, die Organisation des Handwerks auf der Basis des Prinzips der Gleichheit von Rechten und Pflichten. Die Gilden und Zünfte in ihrer Ursprünglichkeit, ehe sie entarteten zu einer Privilegien-Mißwirtschaft, waren demokratische Einrichtungen in des Wortes vollster und ernstester Bedeutung. In ihnen war echtes Solidaritätsgefühl wirksam nach dem Grundsatze: Einer für alle, alle für einen. Aus diesem wirtschaftlich-genossenschaftlichen Demokratismus entwickelte sich resp. verband sich ganz naturgemäß jener starke politische Demokratismus, der das mittelalterliche Bürgertum der Städte charakterisierte bis dahin, daß die wirtschaftliche Interessen-Solidarität zerfiel.

Als dieser Zerfall eintrat, als in der zünftlerischen Organisation das Prinzip der Gleichheit an Rechten und Pflichten keine Geltung mehr hatte und einem Arbeitsherrentum eine Klasse unterdrückter Arbeiter gegenüberstand — da waren es die Gesellen und hier und da — so in England — selbst die Lehrlinge des Handwerks, welche sich genossenschaftlich-demokratisch verbanden zum Kampf für ihre berechtigten Interessen.

Ganz naturgemäß brachte dann die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems eine neue Interessen-Solidarität der Arbeiter und das Bestreben der Arbeiter, ihr zu genügen, mit sich. Es entstanden die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, deren Geschichte ohne Zweifel einmal einen der wichtigsten und bedeutsamsten Teile der Kulturgeschichte unsrer Zeit bilden wird.

Beruhte diese Organisation lediglich auf moralischem Solidaritätsgefühl, so würde man volkswirtschaftlich mit diesem Faktor kaum oder doch nicht in erheblichem Maße rechnen können. Aber die Solidarität, von ihrer moralischen Seite ganz abgesehen, entspringt mit der Sicherheit eines Naturprozesses aus wesentlich wirtschaftlich-sozialen Motiven. Und darin begreift sich ihre unzerstörbare Kraft, die unaufhaltsam vorwärts drängt.

Darüber besteht für jeden vorurteilsfreien und logisch denkenden Menschen kein Zweifel, daß das Klasseninteresse der Arbeiter als eine den entwicklungsgesetzlichen Bedingnissen entsprechende sozialökonomische und politische Macht vorhanden ist und als solche ihre vollste Berechtigung sowie Anspruch auf Befriedigung hat.

In der selbständigen gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter, in ihrer solidarischen sozialökonomischen Betätigung für die gemeinsamen Interessen erfährt der demokratische Geist ganz notwendig stetige Pflege; er führt zum politischen Demokratismus. Ist diese Organisation selbst doch eine durchaus demokratische, und zwar eine freiwillig demokratische, abgesehen davon, daß der Zwang der Verhältnisse zu ihr führt. Soll sie für die Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen ernsthaft in Betracht kommen, so kann sie nur demokratischen Charakters sein; ihre Grundsätze, ihre Ziele weisen sie mit zwingender Macht darauf an. Ihre Bestrebungen sind darauf gerichtet, dem Arbeiter entgegen der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitalismus das größtmöglichste Maß wirtschaftlicher Wohlfahrt, Sicherheit und Freiheit zu erringen.

Vor allen Dingen bewirkt die Organisation die Ueberwindung des Zustandes der Isolierung der Arbeiter. Das ist der erste große wahrhaft demokratische Schritt, der im Emanzipationskampfe der Arbeiter getan werden muß, ja, der recht eigentlich zu diesem Kampf erst führt, ihn möglich macht. Der Kapitalismus hat den Atomismus, übertragen auf das wirtschaftliche und soziale Leben, zur Voraussetzung mit der Tendenz, den einzelnen Arbeiter loszulösen vom Ganzen, aus dem Daseins- und Interessenkampf der Arbeiter untereinander seine Vorteile zu ziehen. Der einzelne Arbeiter ist ohnmächtig ihm gegenüber, seiner absoluten Willkür unterworfen.

In Rücksicht auf diesen Umstand kann die bindende und einende Macht des Demokratismus, die in der Arbeiterorganisation ihren Ausdruck findet, nicht hoch genug bewertet werden. Das wirtschaftliche, soziale und politische Uebergewicht des Kapitalismus kann nicht vom einzelnen Arbeiter, sondern nur von der zusammengefaßten Macht von Hunderten und Tausenden von Arbeitern berührt oder gar aufgezwungen werden. Ueber die fanatische Feindschaft herrschender Klassen, vor allem der Unternehmer, gegen die Arbeiterorganisationen.

Es ist eine absurde Behauptung, die von seiten dieser Elemente so oft aufgestellt wird, daß eine starke genossenschaftliche Arbeiterorganisation „ohne Ausübung unnatürlichen Zwanges auf die einzelnen" nicht möglich sei. Sie konstruieren ganz willkürlich ein völlig falsches Ideal von der „Freiheit des Einzelmenschen" auf wirtschaftlichem Gebiete, das den schroffsten Gegensatz bildet zu ihrem politischen und sozialen Freiheitsbegriff. Kommt der Arbeiter unter politischen Gesichtspunkten in Betracht, als Staatsbürger in Ansehung politischer Rechte, dann sagen sie ihm: in weiser Beschränkung der Freiheit des Einzelmenschen „zum Heile aller" beruhe die „wahre Ordnung"; Autorität müsse sein; ihr habe der einzelne sich zu unterwerfen usw. Unter weiser Beschränkung der Arbeiterfreiheit verstehen sie immer seine politische Entrechtung, die Vergewaltigung der Freiheit überhaupt. Daß der Arbeiter der Bevormundung und willkürlichen Beherrschung durch öffentliche Gewalten und privilegierte Stände und Klassen unterworfen wird, betrachten sie als selbstverständig und notwendig. Anders, wenn es sich um den Arbeiter als wirtschaftlichen Faktor, als Gütererzeuger, als Ausbeutungsobjekt handelt. In diesem Falle proklamieren sie die „unbeschränkte Freiheit des Einzelmenschen" und erklären: der Arbeiter „versündige" sich an seinem „höchsten Gut", wenn er sich, obwohl freiwillig, den Entschließungen einer Organisation unterwirft, deren Zweck die Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen ist.

Natürlich ohne ein gewisses Maß von Beschränkung der willkürlichen Entschließung und des willkürlichen Handelns des einzelnen gibt es keine gemeinsame Freiheit und kein solidarisches Wirken.

Das wirtschaftliche „Freiheits"-Ideal des Kapitalismus wird noch weiter sehr drastisch dadurch charakterisiert, daß nach seiner Volkswirtschaftslehre und „ordnungspolitischen" Theorie Unternehmer und Arbeiter im Arbeitsvertrage „nicht das gleiche Maß von Freiheit genießen können", d. h. daß der Arbeiter da überhaupt keine Freiheit zu beanspruchen hat. Er soll sich der einseitigen, willkürlichen Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitsherrn unbedingt unterwerfen. Und das nennt man „freien Arbeitsvertrag".

Dies ist der Punkt, bei welchem der gewerkschaftliche Demokratismus zu praktischem Wirken einsetzt. Er stellt der kapitalistischen Tendenz, die Arbeitskraft möglichst ergiebig bei möglichst niedrigen Löhnen und möglichst langer Arbeitszeit auszubeuten, eine regelrechte stetige Entwertung der Arbeitskraft zu bewirken, das Bestreben gegenüber, solches nach Möglichkeit zu verhindern und das Gegenteil davon herbeizuführen, den Arbeitern die größtmöglichste ökonomische Macht zu sichern. Diese Macht, errungen durch die demokratische Organisation der Arbeiter, ist Freiheit für den einzelnen Arbeiter. Um das zu erfassen, ist nur nötig, daß man die demokratische Grundidee fest im Auge behält, wonach das zu erstrebende Ziel nicht ein Höchstmaß von Vorteilen für eine Minderzahl, sondern für alle zugleich sein soll. Freilich kann das zur Folge haben, daß einzelne weniger Vorteile erlangen, als sie sonst erzielen würden. Aber dieser Umstand kann als entscheidender für die Beurteilung des Wertes der Organisation gar nicht in Betracht kommen, wie sehr ihn deren Gegner auch geltend machen zugunsten der „Freiheit des Einzelmenschen". Was der einzelne, dem demokratischen Bewußtsein folgend, unter Nachachtung der Beschlüsse der Organisation etwa verliert, z. B. bei Innehaltung verkürzter Arbeitszeit, beim Nichteingehen auf bestimmte Arbeits- oder Lohnsysteme, welche die Organisation als gemeinschädlich erachtet usw., das wird ihm mehr als reichlich aufgewogen durch andre, sicherere und bedeutendere Vorteile, die er als einzelner niemals erlangen könnte.

Die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen, des Lohnes und der Lohnsysteme, der Arbeitszeit usw. usw. durch die demokratische Organisation der Arbeiter mit den Unternehmern, der kollektive Arbeitsvertrag, ist das einzig mögliche und richtige Mittel, um für jeden einzelnen Arbeiter in der ganzen Gruppe den Vorteil besserer Arbeitsbedingungen zu sichern.

In diesem Punkt gerade erfährt das demokratische Grundprinzip nicht nur, sondern das demokratische Gesellschaftsideal einen sehr konkreten Ausdruck, soweit das nach Maßgabe der ihm entgegenstehenden Einrichtungen und Verhältnisse möglich ist. Es gilt, ein stetiger Steigerung unterworfenes Minimum von Bedingungen menschenwürdiger Existenz für alle diejenigen, auf welche die Tätigkeit der Organisation resp. deren Wirkung sich erstreckt, zu erringen und sicher zu stellen. Das ist zugleich eine höchst wichtige und nach unserem Ermessen unerläßliche Vorbereitung zu einer demokratischen Organisation des gesamten Wirtschaftswesens, die ohne Zentralverwaltung nicht zu denken ist. (Hamb. Echo.)

Der Klassenkampf in der Zentrumspartei.

Das Schwergewicht des Zentrums liegt in der Rheinprovinz. Dort wohnen und werden gewählt seine hervorragendsten Führer; dort ist der Sitz des Volksvereins für das katholische Deutschland; dort spielt sich weitaus der wichtigste Teil seines Parteilebens ab, und dort wird auch der Konflikt des Zentrums mit den katholischen Arbeitern endgültig ausgetragen.

Die katholischen Arbeiter des Rheinlandes offenbaren seit einiger Zeit eine neue „Bosheit", die in höchstem Maße geeignet ist, dem Zentrum das ohnedies so saure Leben vollends unerträglich zu machen. Sie verlangen vom Zentrum Sitze im Rathaussaal. Das Zentrum verabscheut den Klassenkampf, und es leugnet dessen Notwendigkeit. Dabei aber ist das Parteileben des Zentrums nichts als ein ununterbrochener Versuch, die in der eigenen Partei bestehenden Gegensätze zwischen den in ihr verbundenen Klassen und Berufen zu überkleben. Das Band der Religion vereinigt im Zentrum alle möglichen Stände und Erwerbsgruppen; die wirtschaftlichen, die Klasseninteressen aber treiben diese wieder nach rechts und nach links auseinander. Das hat sich niemals deutlicher gezeigt als bei den großen Zollkämpfen im Jahre 1902. Die katholischen Landwirte hatten ja auch schon in früheren Jahren der eigenen Partei in der robustesten Weise zugesetzt, um ihre agrarischen Interessen zu fördern. Auch die fabelhaft rücksichtslose Art, wie sie in den beiden letztverflossenen Jahren dem Zentrum zu Leibe gingen, war nicht dem Wesen, sondern nur dem Grade nach neu.

Anders die katholischen Arbeiter! Diese standen noch vor wenig Jahren, soweit sie nicht den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hatten, zu der ultramontanen Partei etwa in dem nämlichen Verhältnis wie die Schafherde zum Hirten. Die Parteiführer waren die Hirten, und wenn sie etwas anordneten, so gehorchte die Herde ohne Widerrede. Als dann die Zahl derer, die sich vom Zentrum lossagten, immer stärker anwuchs, da gründeten die Rieper, Julius Bachem, Trimborn usw. ihre christlichen Gewerkvereine, um den Zustrom zu den freien Gewerkschaften aufzuhalten. Bald zeigte sich, daß diese Gründungen nicht geeignet waren, dem Zentrum die erhofften Dienste zu leisten. Als die „christlichen" Organisationen einmal da waren, mußten sie, um am Leben zu bleiben, etwas leisten, und so sahen wir bald die neuen Verbände in heftigsten Kämpfen mit dem „christlichen", insbesondere dem katholischen Unternehmertum. Katholische Unternehmer und Handwerksmeister maßregelten unbequeme christliche Gewerkschafter und ultramontane Richter verknurrten ihre proletarischen Glaubens- und Parteigenossen wegen Streikvergehen und verwandter Straftaten genau so gut wie andere Arbeiter. Am Niederrhein, im Aachener Gebiet usw. usw. hat das katholische Unternehmertum den „christlich" organisierten Arbeitern die Faust nicht minder brutal ins Gesicht geschleudert als anderswo.

Es kamen die Zeiten des Zollwuchers. Und was sich bis dahin niemand hatte träumen lassen, das wurde Ereignis; katholische Arbeiter traten innerhalb der Zentrumspartei auf und erhoben in großen Versammlungen Protest gegen den Brotwucher ihrer eigenen Führer. In Aachen-Land jagten die katholischen Textilarbeiter ihren bisherigen Vertreter im Reichstage, den Zeitungskaplan Dasbach weg bis in den äußersten Wahlkreis der politisch toten Eifel. Nur mit Gewalt und jesuitischen Streichen gelang es den Brust, Giesberts, Stegerwald usw., wenn auch nur äußerlich, zum Schweigen zu bringen. Der Abfall aber wuchs, wie sich bei der Reichstagswahl zeigte, ins ungeheure. Zwischenher war die Auffässigkeit der katholischen Bauern und ihr Geschrei nach höchsten Wucherzöllen, Grenzsperren und dergleichen bis zum Gipfel gestiegen.

Zur nämlichen Zeit entstanden in den christlichen Gewerkschaften Konsumvereine, die dem Mittelstand das Dasein erschwerten und die zu neuen Auseinandersetzungen in der Partei führten.

Wie im politischen und wirtschaftlichen Leben, so suchten sich bald nachher die katholischen Arbeiter auch in den Gemeinden Geltung zu verschaffen. Im Oktober 1902 stimmten in Mülheim a. Rh. die gemäß Verabredung sehr zahlreich in der Stadtrats-Wählerversammlung der Zentrumspartei erschienenen katholischen Arbeiter einen von dem Wahlausschuß vorgeschlagenen Schlächtermeister nieder und setzten als Kandidaten einen Arbeiter an die Stelle. Im Oktober 1904 machten es in M.-Gladbach die Arbeiter genau so, indem sie den von der Parteileitung präsentierten Fabrikbesitzer durchfallen ließen und den Arbeitersekretär Giesberts aufstellten. In Siegburg hatten schon 1902 katholische Arbeiter den offiziellen Zentrumskandidaten bei der Stadtverordnetenwahl zwei der ihrigen entgegengestellt. Im Jahre 1904 nahm die Parteileitung diese beiden Arbeiterkandidaten ohne weiteres auf ihre Listen. Die Arbeiter aber begnügten sich damit nicht und stellten noch weitere zwei Arbeiter auf, die auch mit großer Mehrheit gegen die offiziellen Zentrumskandidaten gewählt wurden. Die Siegburger Zentrumsblätter verweigerten die Aufnahme der Versammlungsanzeigen für die Versammlung der Arbeiter, die ausdrücklich als Versammlung der christlichen Arbeiter einberufen war. Zentrumsarbeiterfreundlichkeit in der Praxis! In der Industriestadt Eschweiler bei Aachen stellten die katholischen Arbeiter kürzlich, allerdings ohne Erfolg, dem Zentrum eigene Kandidaten entgegen. Zum Schluß sei noch erinnert an die an dieser Stelle wiederholt besprochenen Kämpfe der katholischen Textilarbeiter in Aachen um den Zutritt zum Rathaussaal und um Herabsetzung des Wahlzensus, der von der zu zwei Dritteln aus Zentrumsleuten bestehenden Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt wurde.

Gezwungen durch alle diese Erscheinungen und um sich der andrängenden Sozialdemokratie gegenüber mehr als bisher die Stimmen der katholischen Proletarier zu kapern, ist das Zentrum „freiwillig" dazu übergegangen, in einigen wenigen Städten einen Arbeiterkandidaten aufzustellen. Aber es hat sich ergeben, daß für die Partei die Lage dadurch nur noch schlimmer wird. In der Stadtverordnetenversammlung, wo die als „Arbeitervertreter" gewählten Leute naturgemäß auch ein wenig leisten wollen, geraten sie an allen Ecken und Enden in Streit mit ihren bourgeoisen und mittelständlerischen Fraktionsgenossen und — mit sich selber, nämlich durch den ewigen Konflikt zwischen dem Partei- und dem Arbeiterinteresse. In Köln wurde vom Zentrum als erster Stadt in Preußen ein Arbeiter-Stadtverordneter, der Buchdrucker Rings, gewählt. Der Mann suchte ursprünglich im Rathaussaal den Arbeitervertreter zu betonen. Aber bald mußte er erkennen, daß er unter seinen Fraktionskollegen weniger als eine Null ist. Nach einigen Mühen und mehreren Blamagen hat der erste ultramontane „Arbeitervertreter" in Preußen den Kampf eingestellt, und er sagt heute überhaupt nichts mehr, höchstens Ja.

Nimmt das Zentrum auf seine Kandidatenlisten keine Arbeitervertreter, so entlaufen ihm die katholischen Proletarier. Erfüllt es aber deren Begehren und läßt Arbeiter in die Stadtverordneten-Kollegien wählen, so entlaufen ihm

die Proletarier erst recht, weil sie erkennen, wie macht- und nutzlos diejenigen „Arbeitervertreter" sind, die nicht durch das Vertrauen der klassenbewußten, der sozialdemokratischen Arbeiter in das Stadtparlament hineingewählt werden.

So wirkt der Organisationsgeist in der christlichen Arbeiterbewegung, das Zentrum unterminierend und die Arbeiter zu selbständiger Tätigkeit aufraffend. Tritt zu diesem Vorgehen noch die nötige volkswirtschaftliche Erkenntnis hinzu, dann wird auch bald der letzte Schritt folgen, der die Arbeiter der christlichsozialen Organisationen mit dem Heer der freien Gewerkschaftler verbindet. Mag das durch manche Ohrenbeichte auf unbestimmte Zeit noch verhindert werden, einmal aber kommt es dahin. Die Absplitterung vom Regiment der Kapläne vollzieht sich langsam, aber sicher.

Gewerkschaftliches.

Braunichswalde (S.-A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Maaß hierselbst bestehen Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Birnbaum. Der Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Carl Mathei Streik ausgebrochen ist.

Halberstadt. Der Zuzug ist fernzuhalten, da alle Tabakarbeiter ausgesperrt sind.

Mühlhausen i. Th. Achtung! Die Sortierer der Firma Bruhns u. Kumm befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Schönlanke. Da bei der Firma S. M. Eppenstein u. Söhne sämtliche Arbeiter in Ausstand getreten sind, wird gebeten, den Zuzug streng fernzuhalten.

Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zuzug wird gewarnt.

Büren i. Westfalen. Ueber die Firma Friedr. Steltmann ist die Sperre verhängt. Arbeitsuchende wollen sich an Herm. Oster, Südmauer 14, wenden. J. A.: G. Sommer.

Der deutsche Gewerkschaftskongreß, der in der Woche nach dem 21. Mai in Köln stattfindet, wird im Gürzenich, dem städtischen Festsaal tagen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat dem Antrage der Kartellkommission der Kölner freien Gewerkschaften auf Ueberlassung des Gürzenich für diesen Zweck einstimmig entsprochen. Vorher hatte sich, wie üblich bei derartigen Anträgen, die Gürzenich-Kommission mit der Sache befaßt. So glatt wie im Plenum ist es da nicht von statten gegangen, denn zuerst hat die Kommission unter Hinweis auf einen alten Stadtverordnetenbeschluß die Ueberlassung abgelehnt, weil sie des Glaubens war, es handle sich um eine sozialdemokratische Veranstaltung. Es hat nach der Rheinischen Zeitung ziemliche Mühe gekostet, den Herren klar zu machen, daß die freien Gewerkschaften keine politischen Organisationen seien und der Gewerkschaftskongreß nicht die Aufgabe habe, sozialdemokratische Parteipolitik zu treiben. Die Bekehrungsversuche sind denn schließlich erfolgreich gewesen. Der sozialdemokratischen Partei ist der Gürzenich bisher verweigert worden. Dagegen konnten beim letzten Karneval ungehindert die gröbsten Orgien darin gefeiert werden.

Der Nutzen gewerkschaftlicher Organisation für die Arbeiterschaft wird treffend veranschaulicht durch Gegenüberstellung der jetzigen Lohn- und Existenzverhältnisse und der vor 50 Jahren, wie es kürzlich der Vorwärts an der Hand des Jahresberichtes des Statistischen Amtes im Polizeipräsidium zu Berlin im Jahre 1853 getan hat. Es verdienten in Berlin im Jahre 1853 die Drechsler nach heutigem Gelde 7.50 bis 10.50 Mk. pro Woche, die Tischler 7.50 bis 15 Mk. Das sind die Preise im Handwerk. Die Tischler in Billardfabriken verdienten pro Woche 12—18 Mk., während bei der Innung 7.50 bis 12 Mk. angesetzt waren, woraus hervorgeht, daß schon damals die Innungsmeister die schlechtesten Zahler waren. Für Kost und Logis beim Meister wurden 6—7 Mk. pro Woche angerechnet. Vergleicht man die Lebenshaltung von damals mit der heutigen, so kommt in Betracht, daß die Lebensmittelpreise zum Teil beträchtlich geringer waren als heute. Der Durchschnittspreis der Butter war 80 Pfg. das Pfund, heute mag sie durchweg 1.30 Mk. kosten. Ein Pfund Rindfleisch kostete 38 Pfg., ein Pfund Schweinefleisch 47 Pfg., ein Pfund Hammelfleisch 34 Pfg., ein Pfund Kalbfleisch 33 Pfg., heute stellen sich diese Fleischpreise auf 50—70 Pfg. Die Eier kosteten nach der amtlichen Statistik etwa 2.50 Mk. das Schock, waren also durchweg um 30 Proz. billiger als heute. Ein Scheffel (54 Liter) Kartoffeln kostete ca. 2.50 Mk., eine Metze (3½ Liter) grobes Weizenmehl 48 Pfg., eine Metze feines Weizenmehl 75 Pfg. Wesentlich billiger als heute waren wohl die Wohnungsmieten, denn beinahe die Hälfte der vorhandenen Wohnungen, nämlich 47,81 Proz., sind in der Statistik zu einem Mietpreise bis 150 Mk. angegeben. Von 150—300 Mk. standen 27,79 Proz. der Wohnungen, im Preise von 300—600 Mk. 9,92 Proz. Die Preise für Kleidung usw. werden damals nur wenig billiger gewesen sein als heute. Im ganzen zeigt die Statistik von 1853, daß sich in den verflossenen 50 Jahren die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert hat, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Lobredner der heutigen Zustände es glauben machen wollen. Zum geringeren Teile ist dieses der Sozialgesetzgebung des Staates zuzuschreiben, die schon in Rücksicht auf die Landesverteidigung dafür zu sorgen hätte, daß das Unternehmertum nicht allzu rücksichtslos die Lebenskraft des heranwachsenden Geschlechts verwüstete. Mochten diese notwendigen Einschränkungen vom Gesetzgeber geschaffen sein unter dem mehr oder weniger starken Widerstand der Kapitalisten, so hat die Arbeiterschaft zum wesentlichen die Besserung ihrer Lage sich selbst zu verdanken, indem sie den vereinten Drangsalierungen von Staat und Unternehmertum zum Trotz sich politisch und gewerkschaftlich organisierte, um den herrschenden Klassen, die freiwillig nie eine Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung zugestehen, das zum Leben notwendige abzuzwingen. Dieser Weg der organisierten Selbsthilfe wird auch in Zukunft der sicherste sein, um den Anteil der Arbeiterschaft am Genuß der von ihr geschaffenen Reichtümer zu vergrößern.

Gegen das Kost- und Logiswesen. Das Correspondenzblatt schreibt: In diesen Tagen erscheint eine erste Publikation für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges. Die sechzehnseitige Broschüre, betitelt: Der Kost- und Logiszwang, ein kulturfeindliches System, behandelt zunächst in einer aus berufener Feder stammenden Abhandlung die kulturfeindlichen Seiten des Kost- und Logiswesens. Wir nennen nur folgende Sätze: Der Kost- und Logiszwang hindert die wirtschaftliche Selbständigkeit des Arbeiters. Der Kost- und Logiszwang hindert auch die geistige Selbständigkeit des Arbeiters. Der Kost- und Logiszwang hindert ferner die soziale Hebung der Arbeiter. Der Kost- und Logiszwang hindert endlich auch die staatsbürgerliche (politische) Selbständigkeit des Arbeiters. Dem schließt sich eine kurze Erläuterung der Zwecke und Ziele der von 16 Gewerkschaften eingesetzten Kommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges an, sowie über die hierzu zu schaffende Organisation zwecks Einsammlung des nötigen Materials über Mißstände usw. Den der Kommission angegliederten Gewerkschaften wird eine bestimmte Anzahl von Exemplaren der Broschüre zur Verfügung gestellt, desgleichen den Kartellen, Arbeitersekretariaten, Redaktionen der Arbeiterpresse usw. Sonstigen Interessenten wird auf Wunsch ein Exemplar der Broschüre zugestellt. Anfragen sind zu richten an den Sekretär des geschäftsführenden Ausschusses, P. Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 56.

Polizeiliche Vereitelung eines Gewerkschaftsfestes. Ein Gewerkschaftsfest mit Kinderbelustigungen, Konzert und Ball wollte das Gewerkschaftskartell für Schkeuditz und Umgegend veranstalten. Die Polizeiverwaltung versagte die Genehmigung und untersagte die Abhaltung des Festes, weil es sich um eine öffentliche Lustbarkeit handle, welche von einer Genehmigung abhängig sei. Nach vergeblichen Beschwerden klagte der Vorsitzende Fritsche beim Ober-Verwaltungsgericht. Der erste Senat wies indessen die Klage mit folgender Begründung ab: Aus der schriftlichen Klagerechtfertigung sei zu entnehmen, daß beabsichtigt worden sei, das Fest auf sämtliche Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften und nicht bloß auf die Delegierten zum Kartell und deren Angehörige auszudehnen. Wäre das der Fall, so könnte das geplante Fest nur als ein öffentliches angesehen werden, denn die Mitglieder der beteiligten Gewerkschaften bildeten keinen nach außen abgeschlossenen Personenkreis. Es fehle damit schon eine der wesentlichsten Bedingungen für eine „geschlossene Gesellschaft", die einer Genehmigung nicht bedürfte. Nun habe in der Verhandlung der Kläger allerdings gesagt, daß teilnehmen sollten die Delegierten des Kartells als solche und diejenigen Personen mit ihren Angehörigen, welche durch die Delegierten unter Ueberreichung von Einladungskarten zur Teilnahme aufgefordert werden würden. Danach sei jedem einzelnen Delegierten Vollmacht gegeben, nach seiner Wahl zur Festlichkeit hinzuzuziehen, wen er wollte. Der Kreis sei somit zwar etwas eingeschränkt gegenüber dem „sämtlicher Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften", es könne aber auch in diesem beschränkteren Kreise eine geschlossene Gesellschaft nicht gefunden werden, weil auch in diesem Falle ein nach außen abgeschlossener Personenkreis nicht vorhanden sei. Somit stehe fest, daß das Fest als öffentliche Lustbarkeit einer ortspolizeilichen Genehmigung bedurfte. Deshalb könne die Polizei nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen die Genehmigung verweigern oder erteilen. Gegen die Verweigerung lasse sich nur dann etwas tun, wenn dabei Willkür obgewaltet habe. Das sei hier nicht anzunehmen.

Als ein recht ungetreuer Ortsbevollmächtigter erwies sich der Vorsitzende der Erfurter Zahlstelle des Handels- und Transportarbeiterverbandes, Wilhelm Weitz. Vom Gaubevollmächtigten Martini wurden bei der Sparkasse 75 Mk. hinterlegt und das Buch dem W. zur Aufbewahrung übergeben. Der ungetreue Vorsitzende hob das Geld ab und verwendete es für sich als Kaution. Vom Schöffengericht wurde er wegen Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Gerichtssaal anwesende Gewerkschaftsgenossen waren nicht wenig überrascht, als sie das umfangreiche Strafregister des Mannes ihres Vertrauens vernehmen mußten. Nur dem Umstand, daß sich W. in den letzten Jahren straffrei geführt, hat er es zu verdanken, daß ihm nicht mehr zudiktiert wurde. Dieser Fall zeigt wieder, wie vorsichtig die Arbeiter bei Vergebung von Ehrenämtern vorgehen müssen.

Christliche Zitatenkünstler. In einer Textilarbeiter-Versammlung zu Gera kam das Vorstandsmitglied des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Wilhelm Rössel, auch auf die Feinde der Arbeiterbewegung zu sprechen und führte etwa folgendes aus:

„Die Tätigkeit der Gegner ist nicht aus den Augen zu verlieren. Gegner hat der deutsche Arbeiter wie keiner auf der Welt. Und sie stecken nicht nur in der Arbeitgeberorganisation, sondern auch in Talar, Kutte und Uniform, nicht zu vergessen die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Verbände. Die letzteren tauchen jedesmal als schwarzes Gespenst auf, wenn es sich um Lohnforderungen der Arbeiter dreht. Die Arbeiter sollten dieses Gespenst beim Kragen nehmen und ihm den Hals umdrehen."

Diesen Satz griff das Organ des christlichen Verbandes, der Christliche Textilarbeiter, auf und gab den Vorgang in seiner Nr. 53 wie folgt wieder:

„Genossen, dreht den Christlichen den Hals um! Diese menschenfreundliche Aufforderung richtete dem Sinne nach Genosse Rössel-Berlin, Angestellter des „Deutschen" Textilarbeiter-Verbandes, in einer Versammlung am 4. Dezember zu Gera an seine Gesinnungs- resp. Verbandsgenossen."

Das ist nur ein Beispiel christlicher Zitierkunst. In fast jeder Nummer jedes beliebigen christlichen Blattes wird so Zitaten aus der Arbeiterpresse oder Arbeiterversammlungen wenig christlich das Genick umgedreht! Das Wort: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten," ist von den Leuten, die unter der Maske des Christentums die Geschäfte der kapitalistischen Gesellschaft besorgen, längst zu den Apokryphen geworfen.

Brust bleibt dem Christlichen Gewerkverein erhalten und zwar auf Grund eines Kompromisses. Die Tremonia berichtet darüber aus Altenessen: „In der am 1. Januar stattgefundenen außerordentlichen Vorstandssitzung des Christlichen Gewerkvereins wurde unter folgenden Bedingungen eine Einigung zwischen dem früheren Vorsitzenden Herrn Brust einerseits und dem Christlichen Gewerkverein anderseits erzielt: Brust verzichtet auf eine Wiederwahl zum Vorsitzenden, bleibt hingegen als Mitarbeiter in der Gewerkschaftsorganisation der christlichen Bergleute tätig. Die Generalversammlung, die Mitte Februar stattfinden sollte, wurde hierdurch hinfällig. Sie soll im Sommer abgehalten werden.

Einen glänzenden Fortschritt hat die österreichische Bauarbeiterorganisation im Jahre 1904 gemacht. Das Fachorgan Der Bauarbeiter kann in seiner letzten Nummer einen erfreulichen Bericht erstatten, dem wir folgendes entnehmen: Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1903 auf 4066 stand, stieg zu Ende vorigen Jahres auf 14 924. Wenn auch mit einem beträchtlichen Abfall zu rechnen sein wird, so dürfte zu Ende des Jahres 1904 die Mitgliederzahl doch noch 12 000 bis 14 000 betragen. Eine genaue Zahl wird erst die Mitgliederzählung bringen. Kolossal sind auch die Beitritte gestiegen. Im Jahre 1903 traten dem Verband 6362 Mitglieder bei, im Jahre 1904 21 400.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hat im vorigen Jahre eine sehr lebhafte und fruchtbare Agitationstätigkeit entfaltet. Die Mitgliederzahl der der Landesorganisation schon länger angehörenden Verbände ist trotz der vielen durch gewerkschaftliche Kämpfe notwendig gewordenen Extrabeiträge um ungefähr 10000 gestiegen. Im ganzen gehören jetzt von den ungefähr 90000 organisierten Arbeitern Schwedens 75000 der Landesorganisation an.

Zwei neue Fachblätter sind den Arbeitern der Tabakindustrie seit kurzem im Ausland erstanden. In Wien erscheint seit dem 15. November 1904 monatlich einmal: „Der Tabakarbeiter, Organ der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -Arbeiter Oesterreichs." In Kopenhagen wurde am 1. Januar 1905 die erste Nummer des „Tobaksarbejderforbundets Fagblad" (Fachblatt des Tabakarbeiterverbandes) ausgegeben. Wir begrüßen die neuen Mitstreiter und wünschen ihnen Erfolg und Gedeihen.

Berichte.

Ronneburg. Das alte Jahr ist verflossen, ein neues Kampfjahr hat begonnen. Das verflossene Jahr hat eine Verdoppelung der Mitgliederzahl in unsrer Zahlstelle gebracht; dies ist nicht allein das Werk der Verwaltung, sondern es ist der Einigkeit der Mitglieder unter sich zu danken. Mögen nun die Versammlungen in diesem Jahre so zahlreich besucht werden, wie das am Ende des vorigen Jahres der Fall war. Dann gibt es auch neuen Mut zur Agitation. Mitglieder, beherzigt die wenigen Worte: Zieht die Indifferenten, deren es hier noch sehr viele gibt, zum Verband heran! Erklärt ihnen die Vorteile, welche ihnen der Verband bietet, dann haben wir am Ende des Jahres 100 Mitglieder erreicht. Am kommenden Sonntag findet im Bergschlößchen unsre Hauptversammlung statt; die Tagesordnung ist eine reichhaltige. Das Erscheinen aller ist notwendig.

Ronneburg. Neun Wochen sind verflossen, seit man in Bräunichswalde neun Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verband maßregelte, und noch immer konnte eine Einigung nicht erzielt werden, trotz allen Bemühungen der Kommission. Vor Weihnachten riefen wir den Amtsvorsteher als Schiedsmann an und ersuchten ihn, eine Einigung herbeizuführen und so die Entlassenen wieder in Arbeit zu bringen zu versuchen, jedoch auch dies scheiterte, denn der Herr Amtsvorsteher schrieb, daß er nach § 6 seiner Geschäftsordnung mit Bevollmächtigten oder Beauftragten nicht unterhandeln dürfe. So blieb uns am Ende noch, daß wir einmal mit dem Uhren- und Filzschuhhändler, Lebensversicherungsagenten und Werkführer der Filiale, Herrn Wappler, brieflich verhandelten. Wir ersuchten ihn, da er sich im Johanngeorgenstädter Anzeiger als arbeiterfreundlicher Mensch hinstellte, doch mit dazu beizutragen, daß die Differenzen, welche doch nur allein durch ihn entstanden sind, mit beseitigen zu helfen. Wir erhielten nun, was wir hauptsächlich den Kollegen in Johanngeorgenstadt ans Herz legen, folgendes Schreiben:

Braunichswalde, d. 30. 12. 04.

Herrn O. Fuchs!

Auf Ihr Schreiben vom 26. dieses erwidere ich Ihnen, daß ich es ablehnen muß, mit Ihnen in Unterhandlung zu treten. Uebrigens behalte ich mir weiteres vor, wegen der in Ihrem Brief enthaltenen Drohung und Nötigung, sowie wegen der von Ihnen im Johanngeorgenstädter Anzeiger unterm 29. November d. J. erlassenen Erklärung.

Achtungsvoll C. A. Wappler.

Vielleicht bewahrheitet sich mal das alte Sprichwort bei Herrn Wappler, Hochmut kommt vor dem Fall. Soeben erfahren wir, daß der Werkführer der Wintersdorfer Filiale sich in Braunichswalde bemerkbar gemacht hat, er kontrollierte die Arbeiter usw. Schenkt man Herrn Wappler nicht mehr das nötige Zutrauen? Hat vielleicht gar Herr Hülsemann unserm Schreiben Glauben geschenkt? Wir glauben jedoch in Bälde die Arbeiter wieder unterzubringen, denn drei haben schon Unterkunft gefunden. Was meinte der Wintersdorfer Werkführer damit, als er sagte, daß schlechte Arbeit nicht am Arbeiter liegt, sondern an Maschinen oder Beauftragten.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort des Dankes. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 8. Der Sozialismus unter der dritten Republik. Von K. Kautsky. (Schluß.) — Der erste Parteitag der Sozialdemokratie Preußens. Von Arthur Stadthagen. — Litterarische Rundschau.

Die Gründung der Deutschen Sozialdemokratie

Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903.

2. Auflage. Preis 40 Pfg.

Volksbuchhandlung, Leipzig.

Auch zu beziehen durch die **Expedition des Tabakarbeiters** Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Welche Firma liefert eine gute

5 Pfg.-Zigarre

zu **24** bis **28** Mark?

Gefällige Offerten sind zu richten an **C. Kaiser, Langendreer.**

Eine mittlere Partie

überseeische Tabak-Rippen

sind abzugeben. Gefällige Offerten mit Preis sind zu richten an **L. Rosenblath, Langendreer.**

Wir gratulieren unserm 2. Bevollm. **F. Saupe** zu seinem am 16. d. M sowie **seiner Frau** zu ihrem am 17. d. M. stattfindenden Geburtstage und bringen ihnen die besten Glück- und Segenswünsche dar.

Die Kollegen u. Kolleginnen in Pölzig, S.-A.

W. E., S. E., F. S., S. Z., O. E.

Die Herren Bevollmächtigten, in deren Zahlstelle sich der Zigarrenarbeiter **Joh. Groth** aus **Hohenwestedt** aufhält, werden ersucht, die Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Porto wird vergütet. **C. Kempeke,** 1. Bevollm., **Kellinghusen.**

Unsere Kollegen **H. Voss** zu seinem am 12. d. M. stattgefundenen u. **E. Rehschuh** zu seinem am 16. d. M. stattfindenden Geburtstag ein donnerndes Hoch. **A. S., R. Sch., E. L.**

Unserm Kollegen **Wilh. Castrup** aus **Bielefeld** zu seiner am 17. d. M. stattfindenden **silbernen Hochzeit** die **herzlichsten Glückwünsche.**

Die Kollegen der Fabrik Posteher, Bielefeld.

Briefkasten.

E. K., Langendreer (2 Ins. à 60 ₰) 1.20 *M.* — **Koll., Bielefeld** 50 ₰. — **C. K., Kellinghusen** 70 ₰. — **G. L., Wernigerode** 50 ₰. — **Koll., Pölzig** 80 ₰.

ihre Eltern verloren haben oder von ihren unbemittelten Eltern dem Nonnenorden ausgeliefert werden. Die Eltern oder die Vormünder dieser Kinder zahlen 120 Frank — für die „Ausstattung“ — und dürfen die Mädchen vor ihrer Majorennität nur zurückfordern, falls sie eine „Entschädigung“, ein Lösegeld von 500 bis 1000 Frank erlegen. Im Orphelinat werden die Zöglinge mit Stickerei, mit Wäschenähen und ähnlichen Arbeiten beschäftigt. Sie werden sogar etwas reichlich beschäftigt, denn die Arbeitszeit beginnt um 5 Uhr morgens und währt fast ohne Unterbrechung bis zum Abend.

Der Journalist hat etwa 50 ehemalige Zöglinge dieser Anstalt befragt, deren Mitteilungen genau miteinander übereinstimmen. Eines der Mädchen, Marie Louise Dye, erzählt über den Beginn ihrer Leidenszeit in dem „Wohltätigkeitsinstitute“ folgendes: Am Tage unseres Eintritts führte man uns sogleich in den Arbeitssaal, den Schwester Monika leitete, gab jeder von uns eine Nadel, Faden und ein Taschentuch, das gesäumt werden sollte. Ich war 5 Jahre alt. Die größte Stille herrschte in dem Saale. Alle unsere Genossinnen saßen über ihre Arbeit gebeugt. Schwester Monika ging zwischen den Bänken entlang, und wenn eines der Mädchen den Kopf hob, versetzte sie ihm mit dem Meterstabe, den sie in der Hand hielt, einen heftigen Schlag auf die Finger oder die Schultern, oder sie riß ihm eine lange Locke aus, die sie dann in einen Sack in einer Ecke des Saales tat. Ich habe seither erfahren, daß diese Haare verkauft werden. Im Schlafraum mußten wir des Morgens die Haare, die im Kamm geblieben waren, gleichfalls in einen Sack werfen; dort verwahrte Schwester Monika auch die Haarlocken, die sie den Kindern abschnitt. An diesem ersten Tage hatte meine kleine dreijährige Schwester das Unglück, ihre Nadel zu zerbrechen. Schwester Monika packte sie wütend und schleifte sie in den Nebenraum, und ich erkannte aus den Schreien, die bis zu uns herüberdrangen, daß sie das Kind mißhandelte. Ich sah meine Schwester erst am nächsten Tage wieder, ihr Gesicht war geschwollen und ihr Körper mit blauen Flecken bedeckt.“

Das alles ist indessen nur das Vorspiel zu noch schöneren Dingen. Fräulein Dye erzählte, wie die Nonnen den Kindern die Hände auf den Rücken festbanden und sie dann prügelten, und wie eine der beliebtesten Strafen darin bestand, daß die Mädchen mit der Zunge auf dem Boden eine Anzahl Kreuze — 50, 100 oder 200 — beschreiben mußten. Die Kinder mußten auch Unrat auflecken, mußten eine Viertelstunde lang auf dem Boden des Arbeitssaales knien und mußten, eingewickelt in ein nasses Laken, mit einem Nachtgeschirr auf dem Kopf der Frühmesse beiwohnen. Sie bekamen sehr wenig zu essen (für fünfunddreißig Centimes täglich!), wurden, wenn sie sich krank meldeten, doppelt geprügelt und erst, wenn sie schon im Sterben lagen, ins Hospital geschafft. Nie, selbst im strengsten Winter nicht, waren die Arbeitsräume geheizt. Von dreizehn Mädchen, mit denen Fräulein Dye in das Orphelinat eingetreten ist, sind fast alle gestorben, und darunter auch die kleine Schwester des Fräulein Dye; die übrigen, die aus dieser Hölle lebend herausgekommen sind, sind jetzt, wie Fräulein Dye selber, brustkrank.

Es mag sein, daß es neben den Nonnen, die durch eine widernatürliche Lebensweise auf die schlimmsten Irrwege geraten, auch geistliche Krankenpflegerinnen gibt, deren ernsten, uneigennützigen Opfermut man so oft in Hospitälern und auf Schlachtfeldern bewundert hat. Aber die Waisenhäuser, die Besserungsanstalten und die Erziehungsinstitute für unbemittelte Mädchen, die heute in Frankreich von Nonnenorden geleitet werden, sind in neunzig von hundert Fällen nichts andres als europäische Sklavenplantagen, in denen habgierige Orden die Arbeitskraft ihrer Zöglinge in der elendesten Weise ausbeuten. Jede Pariserin weiß, daß man in gewissen großen Pariser Bazaren Wäsche und Spitzen besonders billig kauft, weil diese Wäsche und diese Spitzen „in den Klöstern hergestellt werden“. Das ist ein Skandal, dem man schleunigst ein Ende machen sollte.

Kleine Notizen.

Die Staatsschulden der zivilisierten Welt betragen die Kleinigkeit von 120 Milliarden Mark. Dabei sind Städte und Gemeinden nicht eingerechnet, deren Schulden sicherlich auch einige Tausend Millionen Mark ausmachen. Am stärksten beteiligt an den Schulden ist das Königreich Großbritannien, welches eine Schuldenlast von 23 000 Millionen Mark = 550 Mk. pro Kopf der Bevölkerung hat. Daneben sind noch 10 000 Millionen, welches Britannien über der See schuldet. Unter den englischen Kolonien hat die größte Staatsschuld Indien mit 2000 Millionen Mark oder 6 Mk. pro Kopf. Kanada hat eine Schuldenlast von 1000 Millionen Mark oder 200 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Den Rekord im Schuldenmachen erreichte Frankreich, welches ca. 7000 Mk. pro Kopf der Bevölkerung hat. Dagegen hat die Schweiz nur 20 Mk. pro Kopf Schulden. Deutschland zählt 2467 Millionen Reichsschulden = 40 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Dazu kommen noch die Schulden der verschiedenen Bundesstaaten, Sachsen 390 Mk. auf den Kopf, Preußen 530 Mark pro Kopf der Bevölkerung, so daß der Durchschnitt auf etwa 260 Mk. steigt.

Erwähnenswert ist noch, daß nicht soviel gemünztes Geld existiert, um eventuell die Gläubiger befriedigen zu können, und daß die gesamten Einnahmen der sechs Großmächte in Europa nebst den Vereinigten nordamerikanischen Staaten nicht hinreichen würden, um in 10 Jahren die Staatsschulden zu tilgen. Die Zinsen verschlingen jährlich Tausende von Millionen und machen etwa 2.50 Mk. pro Kopf der lebenden Menschen aus. Trotz dieser ungeheueren Schuldenlasten werden die Völker immer mehr mit Marineausgaben und andern unnötigen Dingen beglückt.

Ein Vielseitiger. Maxim Gorki, der bekannteste und bedeutendste unter den jüngeren russischen Dichtern, sandte seinem Verleger auf dessen Verlangen folgende Autobiographie von sich: 1878 Schusterlehrling, 1879 Lehrling bei einem Zeichner, 1887 Geschirrwäscher an Bord eines Dampfbootes, 1883 Bäcker, 1884 Hausmeister, 1885 Bäcker, 1886 Chorist bei einer Wandertruppe, 1887 Aepfelverkäufer in den Straßen, 1888 Selbstmordkandidat, 1889 Advokatenschreiber, 1891 Fußwanderer durch Rußland, 1893 Tagelöhner bei der Eisenbahn, 1894 erschien meine erste Novelle.

Winter.

Erster Schnee! Die kleinen Hände
Patscht zusammen froh der Kleine,
Und aus waldigem Gelände
Zieht die kleine Dorfgemeine.
Hui! auf ihren kleinen Schlitten
Kommt sie lustig angeritten!
Hui! Juchhei! Ist das 'ne Freud!
Schöne Zeit, du Winterszeit!

Doch den ersten luftgen Flocken
Folgen andere, minder heiter,
Und am warmen Ofen hocken
Bald geduckt die reichen Reiter;
Nur die Armen noch, die Armen
Treibt die Kälte ohn' Erbarmen
In den weiten Wald hinaus,
Wo's so kalt ist wie zu Haus.

Was der Sturmwind abgebrochen,
Fichtenzapfen, dürre Aeste,
Reicht kaum hin zum Suppenkochen,
Denn der Hunger hat viel Gäste.
Und die Buchen und die Eichen
Sind bestimmt bloß für die Reichen,
Nur die Tanne, minder karg,
Gibt Holz für des Bettlers Sarg.

Letzter Schnee! Die kleinen Hände,
Die mit jubelnder Gebärde
Grüßten Winters erste Spende,
Ruhn erfroren in der Erde,
Und der Vater liegt in Ketten,
Weil er, um sein Kind zu retten,
Holte eines Reichen Scheit —
Schöne Zeit — du Winterszeit!

Zeitgeist.

Verantwortl. Redakteur: F. Geyer in Leipzig. Rotationsdruck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Monatsbeilage des Tabakarbeiters.

No. 1. **Sonntag, den 15. Januar** **1905.**

Kirchliche Feiern und Feste.

Kulturgeschichtliche Betrachtung.

△ Nun sind wir bereits wieder einige Zeit ins neue Jahr hinein und hinter uns liegt der letzte Festtag: Hohneujahr (6. Januar) wie vor uns die Karnevalszeit mit der abschließenden Aschermittwoch. Hohneujahr bildet bekanntlich den Abschluß der 12 Nächte (Wiehe-Weihe-Nächte), in welchen Nächten nach dem Volksglauben jeder aufmerken muß, was ihm geträumt hat, weil sich das Geträumte ihm in den nächstfolgenden 12 Monaten des Jahres erfüllen wird.

Dieser Glaube steckt weit tiefer im Bewußtsein der Masse, als mancher sich träumen läßt, und neben dem Bleigießen, dem Auffstellen auf Kreuzwegen in der Neujahrsnacht, um in den Himmel sehen und aus demselben seine Geschicke für das laufende Jahr ablesen zu können, gehört der Glaube an das Eintreffen der Träume der 12 Nächte zu den verbreitetsten.

Der 6. Januar gilt auch als sogenannter Dreikönigstag, an welchem Tage die drei Weisen aus dem Morgenlande den Stern über Bethlehem erblickten und daselbst das Kindlein im Stalle und neben ihm je ein Ochslein und Kühlein, zwei allerliebste Rindviehlein, wie Heine spottet, erblickten. Kaspar, Melchior und Balthasar hießen die drei Könige, an welchen der Volksglaube so sehr hängt, daß an vielen Bauernstuben sich noch heute die Buchstaben K + M + B angemacht finden. Durch diese Drei sollen die bäuerlichen Anwesen angeblich vor Behexungen des Viehes, bösen Geistern (Dämonen) geschützt werden. Vielerorts wird der Dreikönigstag noch als besonderer Festtag gefeiert und finden an ihm noch besondere Umzüge und Gratulationen wie am Neujahrstage statt, Lieder werden gesungen und von den damit Beehrten Gaben eingesammelt. Die mit dieser Begrüßung verbundene Bettelei hat zu dem bekannten Spottverse geführt:

Die heiligen drei Könige mit ihrem Stern,
Sie essen, trinken und bezahlen nicht gern.

Doch nicht die Einführung des christlichen Dreikönigstages trägt die Schuld an diesem Volksbrauche, da die Einführung von Hohneujahr in Deutschland nicht vor die Heidenbekehrung der Germanen im neunten Jahrhundert noch Christi fällt, vielmehr wurzelt dieser Brauch in alten Verstellungen der alten Germanenwelt, die ihre Jahreswende (Sonnenwende) unter ganz besonderen Feiern (Julklapp) begingen. Das Christentum hat sich vielmehr mit seinen Feiern, wie heute alle Kirchengeschichtslehrer zugeben, den heidnischen Festen bloß anbequemt, um die Neubekehrten um so fester behalten zu können. In dieser Anbequemung hat insbesondere Papst Gregor der Große, ein Diplomat mit großem Scharfsinn, Erkleckliches geleistet. Die Kirche konnte bei diesen mit wochenlangen Schmausereien und Gastgebereien verbundenen Mahl-Festzeiten der alten Germanen höchstens bremsen, indem sie in jede Woche mehrere Fasttage hineinverlegte. Die Fasten waren also den Gläubigen aufgenötigte Beschränkungen ihrer Fröhlichkeit, mit welchem sich dieselben bis heutigen Tages noch nicht völlig abzufinden vermochten. Das Schmausen ging weiter.

So hat die Kirche schon beizeiten, um ihre Herrschaft besser behaupten und auch ausdehnen zu können, auch das römische Jahresfest,* das Janusfest, mit dem christlichen verquickt, wie sie es mit dem altgermanischen heidnischen Fest der Wintersonnenwende später tat, denn das christliche Jahr zählte ursprünglich von Ostern zu Ostern. Lediglich politische Klugheit hat die Festsetzung vieler christlicher Kulttage bestimmt.

* Seit Cäsar zählt man das römische Jahr vom 1. Januar ab.

Im Volksbewußtsein hat übrigens das Zählen nach Datum ziemlich spät eingesetzt, nicht vor dem 18. Jahrhundert. Wie heute noch die Anwendungen von Johannt, Martini, Advent, Lichtmeß, Oculi u. a. Bezeichnungen üblich sind, so war die Orientierung über die Zeit das ganze Mittelalter hindurch an gewisse kirchliche Festzeiten geknüpft. Dabei spielen auch die Märtyrer- und Heiligengedenktage eine bedeutsame Rolle. Man rechnet dann von Marci ab, von St. Joseph ab u. s. f. Wie man Schrittsteine durchs Wasser legt, meint Julius Lippert, so schaltete die Kirche eine immer ununterbrochene Kette von Heiligenfesten ein .... 5 bis 6 Schrittsteine des Monats genügte für alle Zeiten. „Diese hielt man nach einer Methode im Gedächtnisse fest, welche einigermaßen an die der alten Runendichtung erinnert. Man fertigte für jeden Monat einen Memorierverses beliebigen Inhalts, doch so, daß in demselben die Namen der Heiligen in der Anordnung des Kalenders einander folgten. Es gehörte zur Schulbildung, diese runenhaften Sprüche auswendig gelernt zu haben und richtig deuten zu können. Die Deutung hatte dabei oft viel zu tun, wie schon der allgemeine Name Cisio-Janus sagt, der den Anfang des Jahres als festum circum cisionis und als Januaius bezeichnen soll. Der entwickeltere „Cisiojanus“ gab nicht bloß die Aufeinanderfolge, sondern durch die Zahl der zwischenliegenden bedeutungslosen Worte für den Kundigen auch das Datum selbst an. Ein solcher Cisiojanus beginnt z. B.:

Jesus das Kind ward beschnitten;
Drei Könige vom Orient kamen geritten
Und opferten dem Herrn lobesam;
Antonius sprach zu Sebastian:
Agnes ist da mit Paulus gewesen,
Wir sollen auch mit genesen.

Die gesperrt gedruckten Worte bezeichnen die Stelle (1., 6., 17., 20., 21. und 25. Januar), auf welche die Feste der Beschneidung Jesu, der drei Könige und der genannten Heiligen (Pauli Bekehrung) fallen. Von diesen Schrittsteinen aus zählte man dann das Datum nach Wochentagen vor- und rückwärts. Solche Memorierkalender, fügte Lippert hinzu, hatten auch die Sklaven in ihrer Sprache, und für das Bedürfnis der Gelehrten bildete man kunstvollere in lateinischen Hexametern. Noch Philipp Melanchthon befaßte sich mit solcher Arbeit.

Wie schon hervorgehoben wurde, hat sich das Christentum auch lange gegen die Adoption des römischen Neujahrsfestes gewehrt. Noch 692 verbot ein Konzil die Teilnahme an diesem Feste, es wurde ein Fasttag dafür und eine Litanei angeordnet, bis man auf den Ausweg verfiel, das Fest der Beschneidung Christi auf den 1. Januar anzuordnen und so auf das vielgehaßte Neujahrsfest überzugleiten.

Die Naturreligion der Alten kannte zwar auch Kulte, doch waren dieselben überall mit Essen und Trinken und Tanz und Fröhlichkeit verknüpft. Die Mahle bilden die Grundlage aller Kulte und Feste bei den Naturvölkern, ob diese nun eine Mythologie haben oder nicht, auch ist J. Lippert bisher noch nicht widerlegt worden, daß der Kultus der Toten zu den ersten Festen gehört, die sich die organisierte Nation oder der Stamm gegeben hat. Wenn später die christliche Kirche Märtyrerfeste und Märtyrergedenktage dazwischen schob, so tat sie das, wie wir schon sahen, in Anlehnung an die Heidenfeste. Auch diese christlichen Feste waren ursprünglich mit Schmäusen, Leichenschmäusen und Grabmahlen verbunden, und die Manichäer warfen es den andersgläubigen Christen vor, daß sie „über den Verstorbenen auf das ausschweifendste tranken, den Leichen

Gastmähler anrichteten, über den Begrabenen sich selbst begruben und ihre Gefräßigkeit und Trunkenheit als etwas Religiöses sich anrechneten". Aehnlich wird ja auch heute noch bei christlichen Leichenschmäusen der Schmerz um die abgeschiedene, geliebte Seele „vertrunken", betäubt. Das moderne Scherzwort: „Wer Sorgen hat, hat auch Likör", hat die lebenslustige Menschheit viele Jahrtausende vor unsrer Kulturperiode schon vorweggenommen; der lustige Wilhelm Busch hat nur die humoristische Formel dazu gefunden. Der Schmerz war ebenso wie die Freude zu allen Zeiten „ein Grund zum Trinken". Aus den Studien der Kirchenhistoriker erfahren wir, daß die erwähnten Leichenmahle ganz früh in die Kirche selbst verlegt wurden, und die alte Heidensitte, den Verstorbenen „Gaben" darzubringen, galt bei den Christen der späteren Jahrhunderte auch für andre Feste als Märtyrerfeste. Die Kirche konnte schon um deswillen kein absolutes Verbot von dergleichen Schmausereien durchsetzen, weil auch die Armen, Witwen und Waisen davon erhielten. Die Grundlage der christlichen Barmherzigkeit gegen die Armen und Schwachen ist also die uralte Gastfreundschaft, nichts weiter.

Erbaulich ist es, die Geständnisse eines Heiligen zu lesen, daß in den Paulusländern der ungebildete Sinn der Masse körperlicher Ergötzlichkeiten halber am Heidentume festhalte und er habe, „damit in diesen Leuten das Hinschauen auf Gott aufgerichtet würde, ihnen gestattet, sich auf den Denkstätten der Märtyrer gütlich zu tun und zu ergötzen". Faustein, sagt Lippert, konnte den römischen Geistlichen geradezu den Vorwurf machen: ihr verwandelt Götzen in Märtyrer — ihr versöhnet die Manen der Gestorbenen mit Wein und Spenden.

Auch mit der Sitte des Wachskerzenbaumes auf den Gräbern hat sich die Kirche den uralten Heidengebräuchen angepaßt, denn bei den Alten war das Anzünden von Wachsfackeln auf Gräbern ein religiöses Gebot. Lippert ist der Meinung, daß die Wachsfackeln eine Umbildung einstiger Honigspenden seien, wobei die Wachswabe als das äußerliche natürliche Gefäß nun zur Hauptsache geworden wäre. Honig sei bei allen Völkern der Nomadenstufe oder einer wenig höheren der Inbegriff des Leckersten und es sei nicht unwahrscheinlich, daß Urvölker die ganzen Waben verspeisten.

Daß das Christentum auch seine übrigen hohen und niederen Feste alten heidnischen Festen nachgebildet hat, so Pfingsten, Ostern, Johanni (Sommersonnenwende), Kirchweih (Kirmsen der Alten) ist bis zum Ueberdruß von den Schriftstellern bekundet worden. Daß selbst die Jesuslegende eine Kopie der Buddhalegende ist, ist von älteren und neueren Forschern wiederholt hervorgehoben worden. Die Evangelien, das wußte schon Lessing, sind Dichtungen von mehr als vierzig Kirchenvätern. Die Grundlage des Lebens beider „Religionsstifter" ist sich frappant ähnlich. Auch Buddha erklärt schließlich, in den Himmel gehen zu wollen. Auch diesem warfen die Gegner vor, daß er die Gesellschaft der Sünder bevorzugt. Auch bei seinem Tode ereignen sich Wunder und auch Buddha fährt erst in die Unterwelt, bevor er in den Himmel geht. Auch die Sprüche und sonstigen Legenden im Christentum sind großenteils alten Religionen und Kulturen entlehnt. Das Christentum ist im wesentlichen Kopie und Transphorenismus. Daß es sich gleichwohl zu einer Weltreligion erhoben und jene bedeutsame Rolle für die Weltgeschichte spielen konnte, die es gespielt hat, lag an dem Zusammentreffen von vielerlei Umständen, vor allem jedoch an dem Zerfall und Zusammenbruch des römischen Weltreiches, dessen ökonomische, soziale und politische Ursachen hier nicht näher erörtert werden können. In diesem allgemeinen Zusammenbruch eines politischen und ökonomischen Systems gingen auch die idealen Güter zum Bruch und die vielen Götter machten dem Monotheismus, der Lehre von einem Gott, Platz.

Die Kirche von heute, deren Lehren sich mit der Praxis des Christentums durchaus nicht decken, ist ebenfalls im Zerfallen. Seit zwei Jahrhunderten unterminieren die allgemeinen Kulturfortschritte, Technik und Wissenschaft, die Säulen der Kirche, während deren Priester alles tun, um ihrerseits diesen Zerfall zu befördern. Am meisten widerspricht indessen die Verallgemeinerung des Wissens und der Erkenntnis den kirchlichen Dogmen, und die Christenheit selbst glaubt innerlich nicht mehr an dasjenige, zu dem sie sich äußerlich bekennt. Jedenfalls widerspricht die gesamte Praxis des Christentums den Lehren des Stifters dieser Religion und der ökonomische Unterbau unserer christlichen Bekenntnisse, die kapitalistische Eigentumsgesellschaft, ist selbst ins Wanken gekommen. Wenn die christliche Kirche, die mit Geschwindigkeit dem Ende ihrer Herrschaft entgegengeht, nachdem sie sich bis jetzt volle 1900 Jahre zwischen die alte Welt und die Gegenwart geschoben hat, sehr zum Schaden einer beschleunigteren Kulturentwicklung und der Zertrümmerung des feudalistischen Mittelalters, — heute noch zu retten glaubt, wo sich doch ihr bloßer Verfall dokumentiert: so u. a. daß sie die Wissenschaft mit dem Glauben auszusöhnen bestrebt ist, so kommt sie damit zu spät. Damit ist es für immer vorbei. Wissen und Erkenntnis hier und Glauben und Aberglauben dort, das sind zwei Pole, die niemals zusammenkommen können und wenn einst ein gescheiter Engländer gesagt hat, die Macht der Kirche werde das 19. Jahrhundert nicht überleben, so hat er sich vielleicht um ein Jahrhundert verrechnet, weil auch die Verschiedenheit der Kulturstufen in den verschiedenen Ländern, die das Christentum anerkennen, mit in Rechnung zu ziehen sind und schließlich hat sich die politische Macht der Kirche, deren adäquater Ausdruck die ökonomische und soziale Macht ist, in verschiedenen Staaten erst neuerlich — so z. B. in Deutschland — derart konzentriert, daß sie sich in ihrer Herrschaft vollends ausleben muß, bevor sie auch äußerlich zusammenstürzt. Keinesfalls wird die christliche Kirche die kapitalistische Produktionsweise überleben, deren letzter Aufstieg durch die Trusts, Syndikate und Kartelle bis zu den Monopolen bezeichnet wird.

Die kirchlichen Feiern und Feste bilden auch heute meist nur noch das Gehäuse, das Gefäß zu den Schmausereien, deren „Sündhaftigkeit" uns keine Konfession und kein Priester demonstrieren kann, sintemalen wir vom Essen und Trinken leben und unser äußerer körperlicher Mensch mindestens soviel wert ist, als unser innerer. Wenn der Mensch ist, was er ißt, nach einem bekannten Philosophenwort, so wird er die Feste feiern, wie sie ihm, nicht wie sie seinen Priestern gefallen. Deshalb setzen wir auch an die Stelle des: bete und arbeite! unser: arbeite, denke und genieße!

Die Witboi.

Ueber die Geschichte, die Einwanderung, die Sitten und die Fechtweise der Witboi schreibt Hauptmann K. Schwabe in seinem Werke: Mit Schwert und Pflug in Deutsch-Südwestafrika u. a. folgendes:

Während Teile dieses merkwürdigen Volksstammes, über dessen Herkunft und älterer Geschichte ein tiefes Dunkel liegt, schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Südwestafrika saßen, drangen andre, die sog. Orlamstämme, erst zu dieser Zeit über den Oranjefluß nach Norden vor. Ihre Wohnsitze hatten ursprünglich weit südlicher gelegen, in den fetten Weidegründen der Kapkolonie, aber die einwandernden Weißen trieben sie mehr und mehr zurück; das Feuerrohr und der Branntwein lichteten die Reihen des gelben Volkes. So sehen wir ihre Heerhaufen auf flinken Rossen nordwärts ziehen, die Einöden des Kleinnamalandes überschwemmend, Furcht und Schrecken verbreitend, wie

einst die Hunnen, denen sie in vieler Beziehung, in Aussehen, Sitten und Gewohnheiten so sehr ähneln, daß ich es wohl verstehen kann, wenn einzelne Gelehrte sie der mongolischen Rasse zurechnen wollen. Das starke Unabhängigkeitsgefühl, das Hendrik Witboi den Krieg gegen uns versuchen ließ, zeigte sich schon zu jenen fernen Zeiten und brachte es mit sich, daß die von den Weißen bedrängten Stämme sich nicht unterwarfen und zu Sklaven wurden, sondern hinauszogen, sich eine neue Heimat zu suchen. Die Führung übernahm die Familie und der Stamm der Afrikaner. Jager, Jonker und Jan Jonker Afrikaner, diese Namen kennt man heute noch in ganz Südafrika. Jonker Afrikaner war es, der, ob aus eigenem Antrieb oder von bedrängten Stammesgenossen gerufen, ist unsicher, sich das ganze Land von den buschigen Ufern des Oranje bis hinauf zu dem großen Salzsee, der Etoshapfanne, unterwarf; nicht allein Bergdamara und Buschleute, die auf der niedrigsten Kulturstufe stehenden Ureinwohner, sondern auch die Herero, das starke von Norden her vordringende Hirtenvolk des Bantustammes. Das Feuerrohr in der Hand des Hottentotten brach den Mut des mit Speer und Keule anstürmenden Kaffern, und erst viele Jahrzehnte später, nachdem weiße Händler auch den Herero den Hinterlader im Tausche für ihre Rinder in die Hände gespielt hatten, schlug am 15. Juni 1863 in dem mörderischen Treffen bei Otjimbingwe der Tag der Freiheit für das brave Kaffernvolk.

Immer wilder und roher waren inzwischen die Namas in ihrem Nomadendasein geworden. Zwar riefen sie selbst die ersten Missionare in ihr Land, denn sie waren zum Teil bereits Christen, als sie aus der Kapkolonie einwanderten, und hatten durch den Verkehr der weißen Kolonisten auch einige europäische Sitten und Gebräuche angenommen, aber das zügellose Kriegsleben nahm sie ganz in Anspruch. Ihr Sinnen stand nur darauf, den Herero möglichst viele Rinder zu rauben, um Waffen und Munition, Pferde, Branntwein und europäische Kleidung dafür einzuhandeln. Ihre Frauen und Mädchen, so erzählen uns die Berichte Reisender, gingen damals in Samt und Seide einher. Unter den Orlamstämmen trat neben den Afrikanern schon früh ein zweiter hervor, der, geführt von dem Häuptling Moses Witboi, die Landschaften bei Gibeon besetzte und in den Rassenkampf eingriff. Auch die Bastards wurden Bundesgenossen der Nama. Aber die schlimmste Zeit blutiger Kriegs- und Raubzüge begann für das Damaraland erst, als den Namas ein neuer Streiter in der Person des Häuptlings Hendrik, eines Sohnes des alten Moses Witboi, erwuchs. Dieser und Jan Jonker, der in den unwirtlichen Schluchten des Gansbergs hauste, fielen mordend und brennend, sengend und plündernd über Feinde und Bundesgenossen her. Jahrelang sollten sie ganz Westafrika in Aufregung und Unruhe erhalten. Furchtbarer Haß gegen die Damara beseelte sie, und vor allem war es Hendrik, der begeistert den nationalen, ja man kann sagen den „heiligen" Krieg gegen die Kaffern predigte. Auf die Ermahnungen seines Missionars, der wiederholt versuchte, ihn zum Friedensschluß zu bewegen, erklärte er, daß Gott selbst ihm den Krieg geboten, ihm Gelingen verheißen und ein Zeichen am Himmel gegeben habe. So zog er denn hinaus zum Streit, immer wieder und wieder seinem „leuchtenden Stern" nach, und die ununterbrochenen Raubzüge und Angriffe auf die Herero dauerten mit wechselndem Kriegsglück bis zum Jahr 1892 fort. Viele der gelbhäutigen Krieger starben und verdarben in diesen wilden Zeiten, aber die Ueberlebenden waren stahlharte Soldaten. Im Juni 1893 schrieb ich nach der Heimat:

„Die Hottentotten, mit denen wir hier kämpfen, gehören entschieden zu den beachtenswertesten Gegnern, die jemals in einem Kolonialkrieg europäischen Truppen gegenüber gestanden haben. Wenn sie auch von Natur jeder Arbeit abhold und unverschämte Bettler von maßlosem Stolz sind, so werden sie doch von ihrem energischen Häuptling in strenger Zucht und straffer Disziplin gehalten. Im Krieg aufgewachsen, geschickte Reiter von leichtem Gewicht, im Felddienst fast unübertrefflich, auch im Gebrauch hoher Visiere geübte, sichere Schützen, sind sie, ausschließlich mit Hinterladern modernster Konstruktion und meist englischen Ursprungs bewaffnet, sehr gefährliche Gegner. Ihre Fechtweise ist die unserer Infanterie, und sie stehen in dieser Beziehung vollständig auf der Höhe der Zeit. Sie bringen Fußvolk und Reiter ins Gefecht, doch schießen sie nie vom Pferd, sondern springen stets ab. Marschiert wird meist ohne Benutzung der Wege querfeldein, oft in breiter Front, doch sind sie auch außerordentlich geschickt, aus der Kolonne Schützenlinien herzustellen. Bald wie die Schlangen kriechend, bald in gestrecktem Lauf von Busch zu Busch, von Klippe zu Klippe sich deckend, pirschen sie sich auf günstige Schußweite an den Gegner heran. Hieraus erhellt, daß die Ziele, die sie unseren Schützen darbieten, fast nie größer als Kopfscheiben sind, daß wirklich gute Schützen dazu gehören, um einem solchen Gegner irgendwie nennenswerte Verluste zuzufügen, und daß man anderseits nur im Felddienst ausgezeichnet ausgebildete Leute verwenden kann, wenn man nicht selbst große Verluste erleiden will. Während die Namas bei den Raubzügen gegen die Herero lediglich darauf bedacht waren, so viel Vieh wie möglich zusammenzubringen und fortzutreiben, und deshalb fast stets nur hinhaltende Gefechte, und zwar so lange führten, bis die geraubten Herden in Sicherheit gebracht waren, haben sie uns gegenüber gezeigt, daß sie auch die Fähigkeit besitzen, längere verlustreiche Kämpfe zu bestehen. Hendrik Witboi, ihr Führer, ist in vieler Beziehung mit Männern wie der Mahdi, religiösen Fanatikern, schlau berechnenden Kennern der Macht der Religion, zu vergleichen. Er war früher Schullehrer, wie viele der Namahäuptlinge. Auch der bereits erwähnte Unterkapitän Samuel Isaak, sowie des Häuptlings jüngster Sohn Kleen-Hendrik und einige der Ratsleute sind immerhin bedeutende Männer zu nennen. Alles hat Hendrik geordnet und organisiert. Nicht allein seine Krieger, sondern auch die Bevölkerung der Lager und Hauptplätze, vor allem in Gibeon und Hoornkrans, war scharf eingeteilt und überwacht. Ich besitze eine Liste, die eine Uebersicht über das Lager von Hoornkrans gibt und in der dasselbe in einen Nord-, Süd-, Ost- und Westdistrikt unter bestimmten Beamten und diese Distrikte wieder in Unterabteilungen eingeteilt werden."

Solcher Art waren die Männer — diese kühnen, nimmermüden, trotzigen Nomaden —, die uns damals gegenüberstanden auf den weiten Grasebenen und in den finsteren Felsengebirgen ihres Landes.

„Wohltätige" Bestien.

In Frankreich tobt der Kampf um Trennung von Staat und Kirche. Bisher hat Combes die „wohltätigen" Anstalten der frommen Schwesterorden unbehelligt gelassen. Auch mit diesen Pfuhlen der kirchlichen Barbarei, der raffinierten Kinderausbeutung muß aber reiner Tisch gemacht werden. Zu den früheren Enthüllungen über die Peinigerinnen der Kinder in jenen Anstalten treten jetzt neue:

Ein Redakteur des Pariser Matin hat eine Enquete veranstaltet, um über die Zustände, die in den geistlichen Waisen- und Erziehungsanstalten herrschen, etwas Licht zu verbreiten, und die Resultate dieser Enquete sind im höchsten Grade empörend. Schon die Schilderungen, die der Journalist von zwei Anstalten in Bologna und Pellevoisin entwarf, und die niemand widerlegt hat, klangen wie Erzählungen aus einem Bagno, aus einer zur Peinigung der Kinder erfundenen Hölle, und doch sind, wie es scheint, das geistliche Bagno von Bologna und die fromme Hölle von Pellevoisin noch paradiesische Orte, wenn man sie mit dem Orphelinat de la Providence vergleicht, das die Schwestern vom Orden des Saint Thomas de Villeneuve in Aix-en-Provence gegründet haben.

Diese Anstalt nimmt kleine Mädchen auf, die entweder